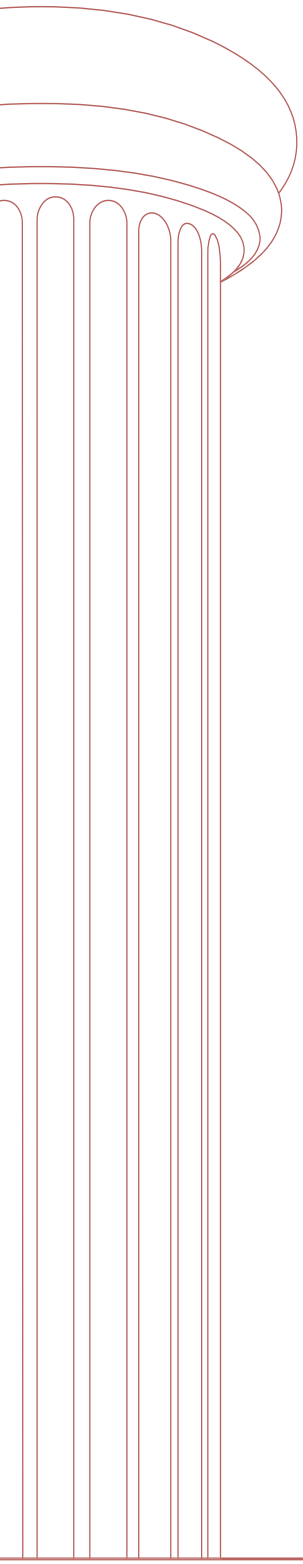
MAECENATA INSTITUT
FÜR PHILANTHROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT
AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



Markus Edlefsen, Johanna Mielke,
Marius Mühlhausen

Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft

Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren

Opusculum Nr. 55
Januar 2012

Die Autoren

Die drei AutorInnen studieren an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Sozialwissenschaften.

Markus Edlefsen erlangte 2010 an der Humboldt-Universität zu Berlin. seinen Abschluss Bachelor of Arts in Sozialwissenschaften

Johanna Mielke erlangte 2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin ihren Bachelor of Arts in Sozialwissenschaften.

Marius Mühlhausen erlangte 2010 an der Universität Erfurt seinen Bachelor of Arts in Staatswissenschaften.

Die vorliegenden Arbeiten wurde im Rahmen des Master-Seminars "Rolle und Effekte zivilgesellschaftlicher Organisationen" im Sommersemester 2011 als Seminararbeit verfasst.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank. Im Rahmen eines Kompetenzzentrums für Gemeinnützigkeit ist es mit der Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft Maecenata Management GmbH verbunden.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: **http://www.maecenata.eu/institut**

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:
http://www.opuscula.maecenata.eu

Impressum

Herausgeber: MAECENATA Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Wilhelmstr. 67 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,
E-Mail: mi@maecenata.eu,
Website: www.maecenata.eu
Redaktion Rupert Graf Strachwitz, Christian Schreier
ISSN (Web) 1868-1840
URN: urn:nbn:de:0243-012012op554
Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz.
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.
Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhalt:

I. Probleme und Lösungsansätze der Wirkungsmessung.....S. 3

von Markus Edlefsen

Die Arbeit führt ein in die Problematik von Tranzparenz und Wirkungsmessung im zivilgesellschaftlichen Sektor ein. Sie beleuchtet verschiedene Lösungsansätze, welche nach mehr Übersichtlichkeit, Vergleichbarkeit und Transparenz streben und leitet daraus die besondere Bedeutung einer adäquaten Wirkungsanalyse ab. Am Beispiel des CEval-Evaluationsansatzes werden die möglichen Probleme und Potenziale der Wirkungsmessung nachgezeichnet und in Beziehung zum aktuellen Transparenzdiskurs gesetzt. Die abschließenden Überlegungen münden im Aufruf zur Zusammenarbeit und transparenten Wirkungsanalyse im zivilgesellschaftlichen Sektor

II. Der Armutsdiskurs……..S.19

von Johanna Mielke

Armut in der Bundesrepublik ist ein ungewohntes aber nichtsdestotrotz ernstzunehmendes Thema. Neben den klassischen Konzepten der Armutsforschung hat die Auseinandersetzung mit diesem Gegenstand inzwischen auch neuere Debatten ausgebildet. Da die verschiedenen Ansätze aufgrund der Unterschiedlichkeit der von ihnen untersuchten und gemessenen Aspekte eine jeweils andere Perspektive eröffnen, plädiert die Autorin für eine sinnvolle Kombination der verschiedenen Messkonzepte, um ein umfassendes und differenziertes Verständnis von Armut und etwaigen Lösungsstrategien entwickeln zu könnten

III. Wahrnehmung als Erfolgsfaktor…….S. 33

von Marius Mühlhausen

Die immer größere Auswahl an Spendenmöglichkeiten und der steigende Umfang an Spenden haben eine Nachfrage fachkundiger Beratung für Spender hervorgerufen. Eigens gegründete Unternehmen werben für die Beratung der 'Sozialen Investoren'. Weil deren Rat nicht nur die Komplexität verringert sondern auch Spendenmittel kanalisiert, folgt der Autor der Annahme, dass die Arbeit der Beratungsfirmen auch Auswirkungen auf die Pluralität der Zivilgesellschaft hat. Er fragt, woran sich Berater 'Sozialer Investoren' orientieren und welche Rolle dabei die öffentliche Wahrnehmung sozialer Probleme spielt.

I. Probleme und Lösungsansätze der Wirkungsmessung

von Markus Edlefsen

1. Einleitung 2
2. Zivilgesellschaft 4
   2.1 Forschungsfeld 4
   2.2 Transparenzinitiativen, Auszeichnungen und Standards 6
3. Wirkungsanalyse 8
   3.1 Verwendung und Nutzen 8
   3.2 Probleme der Wirkungsanalyse 10
   3.3 Der CEval-Ansatz zur Wirkungsanalyse 11
4. Der CEval-Ansatz im Spiegel des Transparenzdiskurses 13
5. Weiterführende Überlegungen 14
6. Quellenverzeichnis: 16

1. Einleitung

Die Zivilgesellschaft ist ein relativ unbekannter Teil unseres Gesellschaftssystems, obwohl sie vielfältige wichtige Funktionen erfüllt und Leistungen erbringt. Auch wenn ihre reale Bedeutung vielerorts unterschätzt wird, erfährt sie dessen ungeachtet doch eine durchweg positive Konnotation. Trotzdem ist Zivilgesellschaft nicht per se “gut“, auch sie benötigt für ihr Handeln ethische Normen und Standards zur Legitimation.

Transparenz ist eine besonders wichtige Norm, gerade weil sie grundlegende Voraussetzung ist für die Nachvollziehbarkeit und Einschätzung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Spätestens seit den medial breit aufgegriffenen Skandalen zu umstrittenen bzw. sogar unzulässigen Geschäftspraktiken bei mehreren Akteuren des deutschen Sektors[1], hat die in Fachkreisen schon länger geführte Diskussion um mehr Transparenz eine breite Öffentlichkeit erreicht. Doch Gesetzgeber, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure selbst konnten sich bislang nicht auf kollektiv verbindliche Reglungen verständigen[2]. Eine bemerkenswerte Situation, dass dieser riesige Sektor, der in Deutschland jährlich dreistellige Milliardensummen umsetzt, und das zu einem nicht unerheblichen Teil durch öffentliche

[1] Beispielsweise um UNICEF-Deutschlandchef Dietrich Garlichs im Jahr 2008 oder Harald Ehlert von der Treberhilfe e.V. 2010

[2] Entgegen etwa der Empfehlungen der Enquete Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements’ (2002) und der Forderung vieler Beteiligter der Diskussion um die Reform des Gemeinnützigkeitsrecht existieren abgesehen von der Rechenschaftspflicht gegenüber den Finanzämtern lediglich freiwillige Richtlinien der Selbstverpflichtung. Einige von ihnen finden im Folgenden noch weitere Erwähnung.

Förderung finanziert[3] trotzdem gesetzlich nicht verpflichtet wird, öffentlich Rechenschaft für sein Handeln abzulegen! Die Angelegenheiten und Themen, welcher sich zivilgesellschaftliche Akteure annehmen liegen ebenso wie die Interventionsweisen, welcher sie sich bedienen, in ihrem eigenen Ermessen. Dabei ist weder die Repräsentativität der gesellschaftlichen Strukturen und Bedürfnisse gewährleistet, noch sichergestellt, dass der vermeintlich selbstlose Einsatz nicht lediglich zur Durchsetzung partikularer Interessen, oder der zielgerichteten Einflussnahme auf öffentliche Belange dient. In diesem Sinne ist eine transparente Offenlegungspraxis als notwendiges demokratisches Element zu sehen, welche eine verdeckte Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen verhindert und durch seine Nachvollziehbarkeit grundlegendes Vertrauen generiert. Doch nicht allein die zivilgesellschaftlichen Akteure tragen Verantwortung für die kaum vorhandene Transparenz, auch von Seiten ihrer Unterstützer wurden entsprechende Forderungen nur unzureichend gestellt, ebenso wenig, wie sie Nachweise über Erfolg bzw. Wirkung ihrer Tätigkeit von den Organisationen verlangten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2010:5).

Seit einiger Zeit zeichnet sich allerdings ein Umdenken ab; neuerdings wird vermehrt Wert gelegt auf eine transparente Rechenschaftsablage. Die Idee der Accountability bezeichnet diese Forderung der Anspruchsberechtigten gegenüber der verantwortlichen Organisation Rechenschaft abzulegen, um die getätigten Förder-, Investitions- und Spendenentscheidungen zu rechtfertigen und legitimieren. Die verantwortliche Organisation hat ihre Entscheidungsstrukturen darzustellen, zu erklären wie ihre Tätigkeit ausgeführt und die bereitgestellten Mittel eingesetzt wurden. Ferner hat sie darzustellen, in welchem Maße ihre Ziele erreicht und konkrete Wirkungen nachgewiesen werden können. Die Unterstützung und das Vertrauen gegenüber Organisationen, welche auf transparente Berichterstattung verzichten, werden dadurch in Frage gestellt. Trotzdem nutzt bislang noch immer nur eine Minderheit der zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen angemessene Evaluationsverfahren um die Wirkungen ihrer Tätigkeiten nachzuweisen. Es stellt sich die Frage, was zivilgesellschaftliche Akteure daran hindert, umfassend und transparent über die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu berichten.

Mit dieser Frage setzt sich die vorliegende Arbeit auseinander. Bevor diesem Anliegen nachgegangen werden kann, wird in Kapitel 2 zunächst einmal das Untersuchungsfeld theoretisch genauer definiert und in seiner faktischen Erscheinung umrissen. Bei der Gelegenheit wird wiederum auf das Transparenz-Defizit des Sektors hingewiesen und werden einige Gegen-Maßnahmen vorgestellt. Anschließend skizziert das Kapitel 3 den potenzielle Nutzen, und praktische Probleme der Wirkungsanalytik etwas differenzierter.

[3] Aktuelle Zahlen und Daten liefern die Statistiken des Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ http://www.stifterverband.org/statistik_und_analysen/dritter_sektor/index.html

Um die theoretischen Ausführungen mit einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen, wird der CEval-Ansatz vorgestellt. Das Kapitel 4 setzt ihn anschließend in Bezug zu den Aspekten der Transparenzdiskussion. Im abschließenden Fazit werden die verschiedenen Gesichtspunkte der Fragestellung bzw. ihrer Antwort nochmals zusammengefasst und Resümee gezogen.

2. Zivilgesellschaft

2.1 Forschungsfeld

Nach Adloff bezeichnet der Begriff Zivilgesellschaft das Prinzip der Vergesellschaftung und Ressourcenbereitstellung abseits der Sphären von Staat und Markt. Der Bereich umfasst damit die Gesamtheit aller öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte, welche auf freiwilligem Zusammenhandeln der Bürger und Bürgerinnen, unabhängig vom staatlichen Apparat oder wirtschaftlichen Profitinteressen beruhen (ebd. 2005:108). Für konkrete Abgrenzungen ist eine analytisch klare und eindeutige Definition jedoch schwierig, da die Grenzen zwischen den Sphären fließend und oft mit hybriden Organisationen besetzt sind. Neben der organisational-institutionellen Dimension werden dem Konzept der Zivilgesellschaft - im Gegensatz zu den mit ihr eng verknüpften und oft synonym verwendeten Begriffen Nonprofit-, Voluntary-, oder dritter Sektor – auch demokratietheoretisch-normative und informelle Aspekte zugeschrieben (Klein 2001:269). Zivile Umgangsformen, die Forderung nach gesellschaftlicher Demokratisierung und selbstorganisierter Öffentlichkeit, kultureller Freiheit und individueller vom Bürger ausgehender reformatorischer Einflussnahme und Selbststeuerung fallen ebenso unter das Konzept Zivilgesellschaft wie die diversen informellen Formen von Vereinigungen und Netzwerken. Das Spektrum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten erstreckt sich dabei von karitativen über politische zu soziokulturellen bis in wirtschaftliche Interessens- und Handlungsfelder.

Ein ebenfalls eng mit Zivilgesellschaft verknüpfter Begriff ist Gemeinnützigkeit. Sie bezieht sich auf die Allgemeinwohlorientierung von Organisationen, stellt allerdings in erster Linie eine steuerrechtliche Kategorie dar, welche längst nicht allen zivilgesellschaftlichen Organisationen verliehen wird. Somit ist eine verwirrende begriffliche Vielfallt rund um das Konzept Zivilgesellschaft festzustellen. Durch die einstweilige Fokussierung auf den Begriff der Zivilgesellschaft soll im Folgenden potenzieller Verwirrung aber vorgebeugt werden.

Die historischen Wurzeln der Zivilgesellschaft reichen bis in die politische Philosophie der griechischen Antike zurück. Im moderneren Kontext beruft sich der Begriff auf das aus dem englischen Sprachraum übernommene Konzept der Civil Society, welches der britische Sozialwissenschaftler Adam Ferguson (1767) mit seinem “Essay on the History of Civil Society“ einbrachte. Die heute übliche Betrachtung der gesellschaftlichen Ordnung in der

Unterteilung der öffentlichen Sphären von Markt, Staat, Zivilgesellschaft und der privaten Sphäre der primären Netze ist angesichts dieser geschichtlichen Relationen allerdings jüngeren Datums. Vertreter der verschiedensten Denktraditionen und politischen Strömungen trugen ihren Anteil bei (vgl. Klein 2001:269 oder Adloff 2005)[4], um die heute übliche Trichotomie dreier eigenständiger öffentlicher Bereiche, mit jeweils eigener Logik und Funktionsmechanismen zu differenzieren (vgl. z.B. Anheier et al. 1997). Die Bedeutung des dritten, zivilgesellschaftlichen Sektors wurde insbesondere durch die Krise des Wohlfahrtsstaates in den 80er Jahren im Zuge der steigenden Relevanz nicht-staatlicher Akteure offensichtlich. Doch nicht nur sein gestiegenes volkswirtschaftliches Gewicht ist bemerkenswert, auch seine ordnungspolitische und demokratietheoretische Bedeutung wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte immer deutlicher. Verschiedenste soziale und politische Strömungen, angefangen bei den neuen sozialen Bewegungen bis zu den Kommunitariern, fanden und finden im Konzept der Zivilgesellschaft einen positive belegten Bezugspunkt und Handlungsrahmen. Zivilgesellschaft gilt bis heute als Signalbegriff für Reformkonzepte, welche zum einen die soziale Verantwortung und demokratische Selbstregulierung stärken, anderseits die gesellschaftliche Vereinnahmung sowohl von Seiten des Staates als auch des Marktes bändigen. Angestoßen durch die angeführten Entwicklungen setzte sich Ende der 1980er Jahre auch die Wissenschaft verstärkt mit dem Konzept auseinander, welches eine zentrale Rolle für diverse neue Forschungsrichtungen, wie der Transformations-, Engagement-, Sozialkapital-, 3.Sektor- oder eben der Zivilgesellschaftsforschung übernahm.

Eine systematische Erfassung und Erforschung des Sektors institutionalisierte sich erst Anfang der 1990er Jahre mit dem Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Darin wurde versucht, zunächst für die USA, später auch für Deutschland (Anheier et al.1997) und andere Länder, den jeweiligen Nonprofit-Sektor konkret empirisch zu erfassen und seine gesellschaftliche Bedeutung aufzuzeigen. Auch hier war man mit dem Problem konfrontiert, dass sich die Grenzen der drei Bereiche Staat, Markt und Zivilgesellschaft nicht trennscharf unterscheiden lassen, da verschiedenste Überlappungen zwischen den Bereichen klare Zuordnungen verhindern und die verschiedenen institutionellen Traditionen im Ländervergleich einheitliche Festlegungen erschweren. Graubereiche stellen für den deutschen Raum etwa die Verflechtungen zwischen dem Staat und den beiden Großkirchen (z.B. Fischer 2008) oder auch die spezielle deutsche Tradition der Wohlfahrtsproduktion dar. Die dort entstandenen Hybrid-Organisationen stellen eine Art ´Staatlich organisierte Zivilgesellschaft´ dar, welche theoretisch eher als Teil des deutschen Sozial-Korporatismus zu bezeichnen wären (vgl. Zimmer 1997:75). Schwung erhielt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der durch Robert Putnam in den USA angestoßene Debatte um den

[4] Die Einflüsse von Gramsci oder Tocqueville könnten hier besonders hervorgehoben werden.

vermeintlichen Verlust des gesellschaftlichen Sozialkapitals, welches bei ihm als der Grad an Kooperationsbereitschaft in einer Gesellschaft verstanden wird (Putnam 1995). Der Deutsche Bundestag sah sich durch diese Debatte veranlasst, die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ einzuberufen. Sie sollte eine ganzheitliche Bestandsaufnahme des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland erheben, um daraus eine nationale Engagement-Strategie entwickeln zu können, welche auf politische-administrativer Ebene Empfehlungen im Sinne eines „ermöglichenden Staates“ formulierte (Enquete 2002:584ff). Darüber hinaus forderte sie aber auch das Engagement wirtschaftlicher Akteure ein, um ihrer Corprate Social Responsibility nachzukommen (ebd., S.456ff). Entgegen den Empfehlungen der Kommission, wie auch der Forderung vieler Beteiligter der Diskussion um die Reform des Gemeinnützigkeitsrecht von 2007 existieren aber noch immer keine konkreten gesetzlichen Offenlegungspflichten gegenüber der Öffentlichkeit (vgl. Strachwitz 2010).

Zur Erklärung dieses Umstandes führt Rupert Graf Strachwitz einen historisch-tradierten Rechtfertigungsansatz aus der christlichen Morallehre an. Die Bibel, führt im Kapitel der Bergpredigt mit dem Gleichnis von der einen Hand, die nicht wissen solle, was die andere tut, die Forderung an, dass niemand damit prahlen solle, dass er anderen etwas Gutes tut[5]. Daraus leiteten zunächst die Kirchen, später auch die Wohlfahrtsverbände und schließlich der ganze Sektor geradezu ein Gebot höchst fragwürdiger Heimlichtuerei ab. Strachwitz sieht in diesem Legitimationsansatz allerdings einen essentiellen Denkfehler, da zwischen der persönlichen Wohltätigkeit der Bürger einerseits und den Trägerorganisationen sozialer Interventionsprojekte, ein fundamentaler Unterschied besteht. Denn diese Organisationen stehen nicht auf der Spender- sondern auf der Empfängerseite und haben somit eigentlich keine Legitimation dafür, über ihre Strukturen und ihre Tätigkeit zu schweigen (ebd. 2010:7). Seit kurzem versucht das vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft angestoßene Großprojekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ eine regelmäßige Bestandsaufnahme der deutschen Zivilgesellschaft aufzubauen, um konkrete Daten zu liefern und ein differenzierteres Bewusstsein dafür zu schaffen, in wie vielfältiger Weise die Zivilgesellschaft dazu beiträgt, dass Leistungen in zentralen Bereichen der Gesellschaft überhaupt erst erbracht werden können.

2.2 Transparenzinitiativen, Auszeichnungen und Standards

Veranlasst durch die fehlenden gesetzlichen Offenlegungspflichten im zivilgesellschaftlichen Sektor, existieren verschiedene Formen der Selbstverpflichtung. Verschiedene Akteure versuchen einheitliche Transparenz-Standards zu etablieren bzw. umfangreiche Berichterstattung zu fördern und auszuzeichnen. Die vom deutschen Ableger der Organisation Transparency International initiierte “Initiative Transparente Zivilgesellschaft“

[5] Matthias 6, 1-4 nach der Züricher Bibel

nutzt dafür vor allem die Möglichkeiten des Internet, indem sie ihre Unterzeichner verpflichtet zumindest die elementarsten Informationen[6] leicht zugänglich auf der Webseite ihrer Organisation offenzulegen. Diese Informationen umfassen beispielsweise die Ziele, welche die gemeinnützige Organisation genau anstrebt, woher die Mittel zu ihrer Finanzierung stammen, wie diese Mittel verwendet werden, wer die Entscheidungen über die Verwendung trifft. Ähnliche Transparenzbestimmungen verfolgt der deutsche Spendenrat. Auch seine Mitglieder verpflichten sich, Informationen offenzulegen. Ihre Mitgliedschaftsverpflichtung geht aber noch einen Schritt weiter und beinhaltet darüber hinaus aber auch ethische Standards sowie die Offenlegung und unabhängige Prüfung ihrer Jahresberichte[7]. Eine renommierte Auszeichnung für die Seriosität, Wirtschaftlichkeit und auch die Transparenz zivilgesellschaftlicher Organisation ist das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI)[8]. Es wird verliehen auf Grundlage einer kostenpflichtigen aber auch ausführlichen Prüfung der Geschäftstätigkeit der spendensammelnden Organisation. Zu diesem Zwecke werden insbesondere ihre Spendenwerbung, die Verwendung der erhaltenen Spendenmittel, die Rechnungslegung und auch die Berichterstattung über ihre Geschäftstätigkeit und neuerdings auch die Existenz von Evaluationsinstrumenten ausgewertet. Doch nicht nur aus den eigenen Reihen der zivilgesellschaftlichen Akteure wird eine umfangreiche Berichterstattung gefördert. Auch das Wirtschaftsprüfungs- & Beratungsunternehmen Price Waterhouse Coopers verleiht einen Transparenzpreis[9], mit dem vorbildliche Berichterstattung Spenden sammelnder Organisationen ausgezeichnet wird. Bewertet werden hier in erster Linie Verfügbarkeit und Aktualität der Berichterstattung, Kommunikationswert der Berichterstattung, die Organisationsstruktur, der Tätigkeitsbericht, die finanzielle und nichtfinanzielle wirkungsorientierte Berichterstattung.

Das Unternehmen engagiert sich außerdem für die Etablierung des “Social Reporting Standard“[10]. Dieses relativ umfangreiche Berichterstattungsformat wurde eingebracht durch einem Zusammenschluss von Akteuren aus dem Umfeld der Venture Philanthropie und dem Sozialunternehmertum. Er fordert neben der Offenlegung der Organisations- und Finanzstrukturen auch die Definition des behandelten gesellschaftlichen Problems, und die Darstellung des verfolgten Lösungsansatz und der tatsächlichen Wirkungen der Intervention. Dieser Standard ist zwar nicht zwingend auf die Veröffentlichung, sondern eher auf den Aspekt der Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit ausgerichtet, eignet sich jedoch durch sein übersichtliches Format auch zur Publikation. Da eine Selbstevaluation zur

[6] Siehe unter http://www.transparente-zivilgesellschaft.de/ - abgerufen am 08.11.2011
[7] Siehe unter http://www.spendenrat.de/index.php?selbstverpflichtungserklaerung - abgerufen am 08.11.2011
[8] Broschüre zu den Leilinien des Siegels einsehbar unter http://www.dzi.de/downloads/DZI-Spenden-Siegel-Leitlinien-2010.pdf - abgerufen am 08.11.2011
[9] Der Bericht zur letzten Preisverleihung mitsamt den Analysekriterien einsehbar unter http://www.pwc.de/de/engagement/assets/Transparenzpreis_Analyse_2010.pdf - abgerufen am 08.11.2011
[10] Weitere Infos zu Bestandteilen unter http://www.social-reporting-standard.de - abgerufen am 08.11.2011

Wirkungserfassung sehr anspruchsvoll ist und nicht unbedingt die verlangte Neutralität und Glaubwürdigkeit liefert, bietet beispielsweise die gemeinnützige Phineo AG professionelle, kostenlose und unabhängige Unterstützung bei der Wirkungsmessung an. Sie verwendet dafür eigens weiterentwickelte Analysemethoden[11]. Die Ergebnisse veröffentlicht Phineo in Themenreports und Ratgebern zu spezifischen Themenfeldern in denen sie besonders wirkungsvolle Handlungsansätze vorstellt und Spendenempfehlungen für Soziale Investoren gibt. Des Weiteren engagiert sich Phineo auch für einen weiteren Austausch und Vernetzung in puncto Wirkungsanalyse und Methodenentwicklung. So war Phineo auch an der Entwicklung des Social Reporting Standard beteiligt, oder etwa am Aufbau der international aktiven Social Impact Analyst Association.

3. Wirkungsanalyse

3.1 Verwendung und Nutzen

Die Erfassung und sachgemäße Zuordnung der Wirkungen, welche durch die Aktivität einer Organisation verursacht werden, ist aus vielerlei Gründen wichtig. Die Qualität und der Nutzen einer Organisation bzw. ihrer Tätigkeit werden maßgeblich durch die Wirkung, d.h. die Resultate ihrer Leistungen bestimmt. Im Bezug auf eine fundierte und transparente Berichterstattung ergibt sich daraus, dass die Transparenz nur so weit reichen kann, wie besagte Organisation überhaupt Daten über die Wirkungen ihrer Aktivitäten erhebt.

Der gute Zweck oder die prinzipielle Notwendigkeit der Existenz zivilgesellschaftlicher Organisationen und Projekte als alleinige Rechtfertigungsgrundlage für ihre Unterstützung weichen daher zunehmend der Forderung nach Förderungsentscheidungen beruhend auf Nachweisen über die erzielten Wirkungen, Wirksamkeit und Resultate.

Mangelhafte Transparenz und Information über Aufwand, Wirkung und Zielerreichung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten birgt nicht nur die Gefahr eines Verlustes von elementar wichtigem Vertrauen, sondern führt auch zu einer undifferenzierten und verzerrten öffentlichen Wahrnehmung der zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten. Daraus resultieren dann Spendenentscheidungen, welche lediglich aufgrund einseitiger Gütekriterien wie „geringer Verwaltungsaufwand“ vergeben werden. Wie sich jedoch Wirkung adäquat darstellen oder gar quantifizieren ließe, darüber herrscht in der Praxis Unklarheit. Zur Wirkungsanalyse werden verschiedenste Verfahren der Evaluation genutzt. Stockmann resümiert: *„In historischer Perspektive kann festgestellt werden, dass anfangs vor allem experimentelle Designs in der Evaluationsforschung Verwendung fanden. Insbesondere aus der Kritik an der mangelhaften externen Validität dieser Designs wurde der instrumentelle Nutzen von Evaluationen stärker in den Vordergrund gerückt. Interaktive und konstruktivistische Ansätze wurden entwickelt und in der Folgezeit durch transformative und emanzipative Ansätze*

[11] http://www.phineo.org/analyse/ abgerufen am 08.11.2011

erweitert (ebd. 2007:46)". Modernen Evaluationsverfahren sind vor allem auf einen praktischen Nutzen ausgerichtet, ihre Gütekriterien sind daher eher Kommunikation, Transparenz und Relevanz, als Validität, Reliabilität und Objektivität (vgl. Gruschka 1976 in Bortz/Döring 2006). Fitzpatrick, Sanders und Worthen (2004:68) unterscheiden dementsprechend anhand der praktischen Ausrichtung zielorientierte, managementorientierte, konsumentenorientierte, expertenorientierte und partizipative Ansätze. Je nach dem wo die Schwerpunkte eines Ansatzes liegen, bieten sich besondere Verwendungsmöglichkeiten. Neben der Erfüllung der grundsätzlichen Transparenz- und Rechenschaftserwartungen von Seiten bisherigen Geldgeber und der Öffentlichkeit kann eine überzeugende Rechenschaftslegung, auch direkt zur Akquise weiterer Spenden- und Fördermittel Verwendung finden. Gerade für potenziell kritische oder auch sehr leistungs- bzw. eben wirkungsorientierte Interessenten schafft die Evaluation sinnvolle Leistungsnachweise und eine Wirkungstransparenz. Selbstverständlich ergeben sich auch interne Potenziale für die Verwertung der gewonnen Daten und deren Analyse. Eine differenzierte Übersicht über die gemeinsame Tätigkeit kann insbesondere bei Anwendung partizipativer Elemente die Kommunikation und das Verständnis zwischen den involvierten Stakeholdern[12] unmittelbar erhöhen, und damit zur weiteren Optimierung der Verfahren anzuregen. Kritische Punkte und Probleme können angesprochen, Lösungskonzepte und Feedback theoretisch von allen Seiten eingebracht werden. Managementorientierte Elemente geben können steuerungsrelevante Daten generieren lassen sich außerdem im Rahmen eines systematischem Qualitätsmanagement mit betriebswirtschaftlichen Verfahren wie Controlling, Balanced Scorecard, Benchmarking, und Audits verbinden (Stockmann 2007:107). Generell können die Evaluationsdaten zur Entscheidungsfindung, Steuerung oder strategischer Organisationsentwicklung Verwendung finden. Evaluation nutzt nicht nur zur Kontrolle, Darstellung von Wirkungen, Einschätzung der Fortschritte auf dem Weg der Zielerreichung sondern auch zur Steuerung und Optimierung der eigenen Leistungserstellung wie auch zur Weiterentwicklung der Organisation bei. Da zivilgesellschaftliche Organisationen im Bezug auf das Anliegen, der Lösung sozialer Probleme bzw. Befriedigung sozialer Bedürfnisse theoretisch nicht in Konkurrenz sondern eher in kooperativem Verhältnis zu einander stehen sollten, schafft die transparente Dokumentation die Chance für die Organisationen voneinander zu lernen, ihr jeweiliges Vorgehen besser aufeinander abzustimmen und insgesamt die Qualität zivilgesellschaftlicher Konzepte und Aktivitäten zu erhöhen und weiterzuentwickeln [13]. Soweit zu den Nutzenpotenziellen einer präzisen und fundierten Wirkungsanalytik. Doch die

[12] Unter Stakeholdern werden alle Anspruchsgruppen verstanden, welche mit der Organisation in Bezug stehen. Neben den Gelgebern und Klienten, zählen auch Mitarbeiter und Freiwilligen ebenso wie der Staat und die Öffentlichkeit zu diesem Kreise (Freeman 2004).

[13] Leider untergräbt der Wettstreit um Fördermittel diese koorporatistische Perspektive

Operationalisierung und deren praktische Umsetzung gestalten sich kompliziert, und die Evaluatoren vor anspruchsvolle Herausforderungen.

3.2 Probleme der Wirkungsanalyse

Zunächst einmal sollte eine ordentliche Evaluation an einigen grundlegenden Voraussetzungen orientiert sein. Sie sollte sich an den Informationsbedürfnissen der Nutzer ausrichten, realistisch, durchdacht, diplomatisch und kostenbewusst geplant und durchgeführt werden, rechtlich und ethisch korrekt ablaufen und das Wohl der Personen, die in die Evaluation einbezogen und von ihren Ergebnissen betroffen sind, im Blick behalten (vgl. DeGEval 2008). Die Herausforderungen zur Durchführung solch einer sinnvollen Wirkungsanalyse ergeben sich aus unterschiedlichen Richtungen. Die ersten Probleme ergeben sich schon bei der konkreten Definition der Ziele des gemeinsamen Projektes, welche den zentralen Reverenzpunkt darstellen, um die Wirksamkeit und Fortschritte in der Zielerreichung zu überprüfen. Die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen sollte an den Zielen ihrer Stakeholder Value verpflichtet sein, das bedeutet alle Beteiligten inklusive der interessierten Öffentlichkeit kann und sollte sich an der Definition einen nachhaltigen Mehrwert für alle zu schaffen (vgl. Figge/ Schaltegger 2000:11). Trotzdem klafft oft eine Lücke zwischen den formellen Zielen einer Organisation und denen ihrer einzelnen Stakeholder. Es entsteht ein komplexes multidimensionales Zielsystem in dem sich die verschiedenen Positionen widersprechen können. Die Multidimensionalität des Zielsystems spiegelt sich ebenso im grundlegenden Verhältnis zwischen Produzent und Klient bzw. der Zielgruppe der zivilgesellschaftlichen Leistungserstellung. Hier existiert kein klassischer Kunde, wie man ihn aus der wirtschaftlichen Sphäre gewohnt ist. Klienten unterscheiden sich von Kunden vor allem in zwei wichtigen Punkten; zum einen fehlt den Klienten als Leistungsempfängern zumeist die Souveränität zwischen konkurrierenden Angeboten zu wählen, zum Anderen kommen sie nicht oder nur teilweise für deren Finanzierung auf. Dadurch kann sich die Bewertung der Qualität der erbrachten Leistung nicht allein an ihrer Bedürfnisbefriedigung orientieren (Vgl. Stockmann 2006:53ff). Daraus resultiert ein plurales Qualitätsverständnis, welches nur in einem offenen Kommunikationsprozess abgestimmt und auf eine gemeinsame Linie gebracht werden kann. Klassische normgeleitete Qualitätssicherungssysteme, wie sie von marktorientierten Unternehmen genutzt werden[14], können diese Multidimensionalität nicht angemessen verarbeiten. Wirkungsorientierte Analysen sind insofern darauf angewiesen, über eine spezifische Problemdefinition und deren mutmaßliche Wirkungszusammenhängen die Variablen zur Qualität und Zielerreichung situativ festzulegen. Die Problemdefinition kann allerdings nie zur Gänze objektiv oder erschöpfend sein, und auch die Wirkungszusammenhänge sind methodisch kaum valide nachweisbar. Die Erhebung der tatsächlich relevanten Einflüsse, als auch die

[14] Unter den situationsunabhängigen klar festgelegten Kriterien, zur Erwirtschaftung von Gewinnen.

Unterscheidung zwischen jenen Wirkungen, welche durch die Aktivitäten der Organisation, und jenen, welche durch externe Einflüsse ausgelöst werden, sind letztlich abhängig vom spezifischen Verständnis und der Definition des sozialen Problems (Bortz/ Döring 2006:106). Durch die Festlegung bestimmter zu messender Variablen besteht die Gefahr, nichtintendierte Wirkungen gar nicht erst wahrzunehmen. Eine zu einfache, lineare Vorstellung der Wirkungszusammenhänge greift in der meist hoch komplexen Wirklichkeit schnell zu kurz und birgt das Risiko einseitiger Kausalketten, zu starker Vereinfachungen und Ausblendung relevanter Aspekte. Andererseits können niemals wirklich alle Einflussfaktoren vollständig benannt und den verschiedenen Ursachen zugeordnet werden. Besonders wichtig ist gerade im Bezug auf den Aspekt der Transparenz auch eine aufrichtige Auseinandersetzung mit unerfreulichen Resultaten, welche durch die Wirkungsmessung zu Tage gefördert wurden. Denn auch wenn sie den Wert der erbrachten Leistung mindern, demoralisierend auf das Engagement der Beteiligten wirken können, und außerdem die Gefahr in sich bergen, dass auch die Geldgeber ihr weiteres Engagement infrage stellen, so ist der offene und reflektierte Umgang mit negativen Messungen fundamental wichtig, um zum einen die eigene Glaubwürdigkeit zu gewährleisten und zum anderen längerfristig, um die Weiterentwicklung der eigenen Leistungen im interaktiven Diskurs voranzubringen. Eine weitere Herausforderung bei der Umsetzung der Datenerhebung stellt die Akzeptanz der Verfahren dar. Akzeptanz ist obligatorische Voraussetzung für die Kooperation und somit die ordnungsgemäße Durchführung der Dokumentation, sowohl bei interner als auch bei externer Prüfung. Alle Beteiligten sollten sich mit den Verfahren identifizieren, sonst könnten sie die Evaluation ihrer Aktivitäten als unangemessenen Aufwand, Zeichen des Misstrauens oder gar Bedrohung wahrnehmen und dementsprechend blockieren oder manipulieren. Des Weiteren sind für die Ausarbeitung und ordentliche Durchführung einer Evaluation auch gewisse Kompetenzen und Kapazitäten von Nöten, welche gerade in kleineren Organisationen nicht selbstverständlich vorhanden sind. Hier kollidieren schnell idealistische Motive mit den rationalen Vorgehensweisen einer objektiven Wirkungsmessung. Wie erwähnt, konnte sich kein Standardverfahren etablieren; daher kursiert innerhalb der Evaluationsforschung ein Methodenpluralismus mit einer Vielzahl von Ansätzen.

3.3 Der CEval-Ansatz zur Wirkungsanalyse

Eines der methodisch besonders elaboriertes Verfahren ist der am Centrum für Evaluation (CEval) von Reinhard Stockmann ausgearbeitete Ansatz (vgl. Stockmann 2000, 2006, 2007). Entwickelt wurde dieser Ansatz ursprünglich für ex-post-Evaluationen der Nachhaltigkeit von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Inzwischen hat sich aus der ursprünglichen Version im Zuge zahlreicher Praxisanwendungen und Weiterentwicklungen ein umfangreiches und universelles Evaluationsverfahren herausgebildet. Es ist flexibel

anpassbar an alle erdenklichen Themenfelder und Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Aktivität. Es lassen sich damit einzelne Maßnahmen, Programme, Projekte oder auch ganze Organisationen auf ihre Effizienz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit hin untersuchen und bewerten. Charakteristisch an diesen Ansatz ist seine partizipative Ausrichtung, die eine intensive Einbeziehung der Stakeholder während des ganzen Untersuchungsverlaufs einfordert. Schon die Entwicklungsphase der Evaluation ist bewusst partizipativ gestaltet und beteiligt auch die Stakeholder im Rahmen von Abstimmungsworkshops an der Definition der Untersuchungsfragen, Zielen und methodischen Konzeption der Studie (ebd. 2006:281). Durch die Konzeption der Evaluation als interaktiven Prozess und Dialog wird die Anpassung und Abstimmung des Verfahrens an die verschiedenen Interessenlagen, Werte und Bedürfnisse aller Beteiligten erlaubt. Denn je mehr unterschiedliche Akteure an einem Projekt beteiligt sind, desto mehr unterschiedliche Sichtweisen treffen aufeinander, welche weder aus den untersuchungsleitenden Theorien, noch aus dem Blickwinkel der Auftraggeber der Evaluation offensichtlich und vorhersagbar sind, dadurch können theoretische Defizite und blinde Flecken aufgedeckt werden. Das so entwickelte Analyseraster ist ausgerichtet auf die Erfassung sämtlicher relevanter intendierter wie nicht intendierter Wirkungsaspekte (ebd.2006:104). Die Erhebungsinstrumente versuchen dabei sowohl die direkten wie auch die indirekten Wechselwirkungen auf allen Ebenen zu erfassen. Die methodische Konzeption des Ansatzes setzt sich aus vier theoretischen Modellen zusammen, einem Lebenszyklus-Modell welches die kausalen Verkettungen der einzelnen Phasen des Prozesses abbildet, einen organisationstheoretischer Ansatz, welcher die inneren Parameter analysiert und von den situativen äußeren Bedingungen unterscheidet, einem Innovations-Diffusions-Modell, um die Faktoren zu identifizieren, welche die Implementierung und Verbreitung beeinflussen und einem multidimensionales Nachhaltigkeitskonzept, welches den längerfristigen Nutzen analysiert (ebd. 2006:97ff). Dadurch soll ein möglichst ganzheitlicher Zugang bewerkstelligt werden.

Der Analyseleitfaden des CEval-Ansatzes gliedert sich in fünf Bewertungsbereiche (ebd. 2006:183). Zunächst werden Programm und Umwelt betrachtet. Die Programmkonzeption und Zielsetzungen, Innovationskonzeption, erforderliche und zur Verfügung stehende Ressourcen, Zielgruppen und das Praxisfeld werden hier dargestellt. Es folgt der Aspekt von Planung und Durchführung. Im Sinne des Lebenszyklus-Modells, werden der Vorbereitungs-, Planungs- und Implementationsprozess, als auch die Programmsteuerung und Nachbetreuung getrennt nach den einzelnen Phasen analysiert. Daraufhin werden die internen Wirkungsfelder analysiert. Die Effektivität und Leistungsfähigkeit der Organisation im Bezug auf die Programmumsetzung werden hier anhand ihrer zentralen Parameter identifiziert. Dann folgen die externen Wirkungsfelder, die Identifikation und Bewertung der

Wirkungen bei den direkten Adressaten, und sozialen Gruppen und Feldern, die durch die Diffusion nachgelagerter Wirkungen indirekt betroffen sind. Schließlich ist die Nachhaltigkeit der erzeugten Wirkungen auf der Makro- und der Programmebene Gegenstand der Evaluation. Sowohl in seinen wirtschaftlichen (Effizienz), sozialen (gesellschaftspolitische Relevanz) und ökologischen (Umweltverträglichkeit) Zielgrößen, als auch anderen programmspezifischen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Die Datenerhebung erfolgt anhand einer individuell angepassten Form der Methoden-Triangulation welche die schwierigen Untersuchungsbedingungen durch die systematische Anwendung unterschiedlicher (qualitativer und quantitativer, empirischer und sekundäranalytischer, standardisierter und teil- bzw. nicht-standardisierter) Erhebungsmethoden kompensiert, und dadurch auch den Ansprüchen an Validität, Reliabilität und intersubjektiven Nachvollziehbarkeit möglichst nahe kommt (vgl. Stockmann 2006:226).

4. Der CEval-Ansatz im Spiegel des Transparenzdiskurses

Der CEval-Ansatz zeichnet sich vor allem durch seine Managementorientierung und umfangreiche Partizipationselemente aus. Dadurch animiert er die evaluierende Organisation gezwungenermaßen zur Etablierung einer umfassenden Aufklärungsarbeit und internen Transparenz. Die positiven Effekte von gegenseitiger Kommunikation und Interaktion bei der Ausarbeitung und Durchführung der Datenerhebung fördern gegenseitiges Verständnis und Inspiration. Auch die Ergebnisakzeptanz und Umsetzungswahrscheinlichkeit der Evaluation sind durch die enge Einbindung in die Konzeptionalisierung als sehr hoch einzuschätzen. Alle Beteiligten haben die Möglichkeit ihr Feedback und ihre eigene Bewertungen über die Evaluationsergebnisse in den abschließenden Evaluationsberichtes einfließen zu lassen. Darüber hinaus besteht auch während des Verfahrens konstant die Möglichkeit, Kritik, Fehler und Missbrauch im Rahmen der Evaluation zu beanstanden, dadurch wird eine aufrichtige und vielschichtige Datenerhebung gefördert. Das Verfahren ist nicht explizit auf die öffentliche Bekanntgabe seiner Ergebnisse ausgelegt, und orientiert sich auch nicht an bestimmten Berichterstattungsstandards. Gleichwohl liefert es genügend Informationen, um die evaluierte Organisation und deren Tätigkeit auch nach außen umfassend darzustellen, und gewährt im Rahmen seiner Evaluationsergebnisse die Chance zur öffentlichen Wirkungstransparenz. Es werden alle notwendigen Daten bereitgestellt um etwa Formate wie den Social Reporting Standard zu erfüllen, und damit auch der Idee einer verbesserten Vergleichbarkeit und Übersichtlichkeit der Berichterstattung folge zu leisten. Die positiven Effekte einer transparenten Veröffentlichung könnten sich somit ungehindert entfalten. Die interessierte Öffentlichkeit hätte, ebenso wie die direkt involvierten Stakeholder die Möglichkeit sich basierend auf einer transparenten intersubjektiven Datengrundlage

interaktiv über die Verfahren, deren Konzeptionalisierung und Anwendung als auch deren Weiterentwicklung auszutauschen. Selbstverständlich ergeben sich aber auch Probleme aus der interaktiven Konzeptionalisierung des Ansatzes. An die bei der Durchführung der Evaluation Beteiligten werden hohe Ansprüche gestellt. Aufgrund der Anwendung anspruchsvoller empirischer Methoden bei Datenerhebung und Analyse, ist die aktive Beteiligung der Evaluierten sehr voraussetzungsreich, denn die Güte und Qualität der Daten ist unmittelbar von ihrer professionellen und neutralen Erhebung abhängig. Die wesentlichsten Grundsätze der wissenschaftlichen Vorgehensweisen empirischer Datenerhebung müssen dabei von allen Beteiligten berücksichtigt werden. Die angeleitete Einbindung gestaltet sich dementsprechend aufwendig. Sollten sich etwaige Vorbehalte und Akzeptanzprobleme auf Seiten der beteiligten Akteure allerdings nicht ausräumen lassen, haben diese zahlreiche Möglichkeiten, eine ordentliche Durchführung der Evaluation zu manipulieren. Wenn aber korrekt durchgeführt, erlaubt dieser Ansatz durch die Einbeziehung verschiedener Analyseperspektiven und den Einsatz eines passenden Methodenmix eine verhältnismäßig hohe Validität und Reliabilität ihrer Evaluationsergebnisse. An Grenzen stößt dieser Evaluationsansatzes allerdings in der Anwendung als ex-ante Evaluation, da er keine prognostischen Elemente umfasst.

5. Weiterführende Überlegungen

Eine einzige universelle Antwort auf die Frage, warum zivilgesellschaftliche Akteure darauf verzichten, transparent über die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu berichten, lässt sich nicht ausmachen. Die vorliegende Untersuchung hat diverse Aspekte aufzuzeigen versucht, welche die Vorbehalte gegen eine gründliche Wirkungsevaluation begründen.

Zusammenfassend lassen sich zwei generelle Argumentationslinien differenzieren. Zum einen sind die Evaluationsverfahren aufwendig und anspruchsvoll, zum anderen besteht aus unterschiedlichen Gründen teilweise auch eine prinzipielle Abwehr gegenüber Bewertungsverfahren und der öffentlichen Erklärung des eigenen Engagements.

Die Auswahl, Planung und Durchführung eines ordentlichen Evaluationsverfahrens ist, wie zuvor dargestellt, aus verschiedenen Gründen sehr anspruchsvoll. Schon bei der Selektion und Planung der Methoden müssen grundlegende Entscheidungen gefällt werden, welche entsprechendes Fachwissen und auch einen gewissen Grad an konzeptioneller Ausarbeitung der theoretischen Organisationsstrategie voraussetzen. Häufig fehlen diese Voraussetzungen gerade den vielen kleineren von idealistisch-freiwilligem Engagement getragenen Organisationen. Zu hoch sind die theoretisch-konzeptionellen Vorbedingungen und die praktischen Qualifikationsanforderungen an die Evaluationsbeteiligten hinsichtlich Methodenkompetenz, Moderations- und Mediationserfahrungen und Reportingskills, ganz zu schweigen von dem Ressourcen-Aufwand und den Verwaltungserfordernissen der

Dokumentation und der Evaluation selbst. Gerade das finanzielle Verhältnis von Aufwand zu Nutzen bleibt in diesem Sinne fragwürdig.

Aus legitimationstheoretischer Perspektive wäre die Durchführung der Evaluation ohnehin eher in die Kompetenz einer unabhängigen Instanz zu legen, was wiederum Kosten nach sich zieht. Selbst im Rahmen einer professionellen Evaluation bleiben die Resultate der Analysen aufgrund ihrer perspektivischen Relativität nur begrenzt aussagefähig, ohne universell vergleichbare Ergebnisse liefern, da objektiv valide Messungen und Zuschreibungen von Wirkungen im Bereich sozialer Interventionen kaum möglich erscheinen. Die prinzipiellen Vorbehalte gegenüber Evaluationsverfahren beziehen sich unter anderem auch auf die grundsätzliche Vorgehensweise mit rationellen Verfahren, ideelles Handeln einordnen zu wollen, und vor allem auch öffentlich zu bewerten. Die Datenerhebung und Dokumentation birgt die Gefahr, Kennzahlensysteme zu produzieren, welche bestimmte Aspekte vernachlässigen oder sogar gänzlich ausblenden und somit die Wahrnehmung auf die darstellbaren Bereiche verengen. Die unmögliche Erfassung aller Wirkungen verhindert damit eindeutige Ergebnisse und kann durch selektive Fokussierung auch als interessensgeleitetes Instrumentarien missbraucht werden. So können unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit die Resultate der Untersuchung im Sinne der Interessen ihrer Auftraggeber verzerrt und beeinflusst werden.

Auch der Wettstreit um die begrenzten Fördermittel mäßigt die Motivation, öffentlich transparent und umfassend über die eigenen Tätigkeiten zu berichten.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Wirkungsevaluation sowohl den betroffenen Organisationen als auch der Stakeholdern wertvolle und vielseitig verwendbare Information liefert. Insbesondere als Instrument zur Übernahme ihrer Accountabillity muss sie den legitimen Informations- und Transparenzbedarf der Öffentlichkeit gegenüber zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Trägern erfüllen. Daher ist für jedwede Form der Wirkungsanalytik und Evaluation die transparente Nachvollziehbarkeit ihrer Untersuchungspraxis von besonderer Bedeutsamkeit. Insbesondere im Falle einer Selbstevaluation kommt der Verfahrenstransparenz daher eine gewichtige Rolle zu. Für die einzelnen Akteure bleibt im Sinne des gemeinnützigen Zweckes und des optimalen Einsatzes von Zeit und Geld jedoch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Frage nötig, wie Wirkungen zugunsten der Zielgruppe maximiert werden können. Schließlich wäre aber ein kooperatives und transparentes Verhältnis zwischen den einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren höchst gewinnbringend um ihre Strategien weiterzuentwickeln und dem Ziel, der Überwindung gesellschaftlicher Probleme gemeinsam entgegen zu steuern.

6. Quellenverzeichnis

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt am Main

Anheier Helmut K./ Priller, Eckhard/ Seibel, Wolfgang/ Zimmer, Anette (1997): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin

Badelt, Christoph (2002): Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart

Bergmann, Knut/ Krüger Susanne (2010): Kooperative Lernräume als Erfolgsfaktor – Instrumente der Wirkungsmessung in der strategischen Philanthropie. In: Hoelscher/ Ebermann/ Schlüter: Venture Philanthropy in Theorie und Praxis, Stuttgart

Bertelsmann Stiftung (2010). Engagement mit Wirkung: Warum Transparenz über die Wirkungen gemeinnütziger Aktivitäten wichtig ist, Gütersloh

Bortz, Jürgen/ Döring, Nicole (2006) Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, Berlin

DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. (2008): Standards für Evaluation, 4. Auflage. Mainz

Enquete-Kommission (2002): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen

Etzioni, Amitai (1972): The untapt Potential oft he third Sector, in: Business and Society Review, Vol.1, S.39-44

Fischer, Ralph (2008): Kirche und Zivilgesellschaft, Stuttgart

Figge, Frank/ Schaltegger, Stefan (2000): Was ist “Stakeholder Value“ - vom Schlagwort zur Messung, Lüneburg

Freeman, Robert E. (2004): The Stakeholder Approach Revisited. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu). 3/5/2004, S. 228-241

Fritzpatrick, Jody L./ Sanders James R./ Blaine R. Worthen (2004): Program Evaluation: Alternative Approaches and Practical Guidelines, Bacon

Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft: politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Opladen

Matul, Christian/ Scharitzer, Dieter (2002): Qualität der Leistungen in NPOs. In: Badelt, Christoph: Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart, S.605-632

Priller, Eckard/ Zimmer, Anette (2001): Der Dritte Sektor in Deutschland. Seine Perspektiven in neuen Millenium, Münster

Putnam, Robert D. (1995): Bowling Alone: America´s Declining Social Capital, in Journal of Democracy 6.Jg., S.65-78

Salomon, Leister M. (1992): America´s Nonprofit Sector. A Primar, New York

Stockmann, Reinhard (2000): Evaluationsforschung: Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder, Münster

Stockmann, Reinhard (2006): Evaluation und Qualitätsmanagement. Eine Grundlage für wirkungsorientiertes Qualitätsmanagement, Münster

Stockmann, Reinhard (2007): Handbuch zur Evaluation. Eine praktische Handlungsanleitung, Münster

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Transparenz in der Zivilgesellschaft, Opusculum 46, Berlin

Zimmer, Anette (1997): Public-Private Partnerships: Staat und dritter Sektor in Deutschland, S. 75-98 In: Anheier Helmut K./ Priller, Eckhard/ Seibel, Wolfgang/ Zimmer, Anette: Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin

II. Der Armutsdiskurs

von Johanna Mielke

1. Ein neues und irritierendes Thema: Armut in der Bundesrepublik 18
2. Die Entwicklung des deutschen Armutsdiskurses 20
3. Eine erste Annäherung an den Armutsbegriff 21
4. Klassische Armutsforschung 22
4.1 Relative vs. absolute Armut 23
4.2. Einkommensverteilung 24
4.3 Lebenslagenansatz 24
4.4 Verwirklichungschancen nach Amartya Sen 25
5. Neuere Armutsdebatten 25
5.1 Die These der sozialen Exklusion 26
5.2 Die Debatte über die neue Unterschicht 27
6. Die zeitliche Dimension 28
7. Fazit 29
8. Quellenangaben 30

1. Ein neues und irritierendes Thema: Armut in der Bundesrepublik

In den letzten beiden Jahrzehnten ist in der Bundesrepublik eine öffentliche Diskussion über Armut in Gang gekommen, wenngleich diese Diskussion nach wie vor Irritationen auslöst in einem der reichsten Länder der Erde, überdies in einem Land, in dem das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre mit seinem breiten Wohlstandszuwachs zu den Gründungsmythen zählt. In der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande ist das Bild von Armut zweifellos vorrangig von verheerenden Problemen existenzieller Unterversorgung geprägt, wie sie die Medien mit ihren Schilderungen von den Folgen von Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen, von Pandemien wie AIDS oder Malaria und von Bürgerkriegen im Bewusstsein der Deutschen verankert haben. So wird Armut noch immer ganz wesentlich mit sozialen Verhältnissen assoziiert, die viele Menschen in Afrika, in Südamerika oder auch in Teilen Asiens an den absoluten Rand des menschlichen Existenzminimums treiben.

Jedoch hält sich auch in der Bundesrepublik Armut spätestens seit dem Erscheinen der Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierungen im Jahr 2001 hartnäckig auf der politischen Tagesordnung. Zwar tritt Armut hierzulande anders in Erscheinung als in Bangladesch, Mexiko-City oder in Burkina Faso; aber die zuweilen propagierte These, dass die deutschen Armen auf einem hohen Niveau jammerten und sie im Vergleich zu den „wirklich“ Armen der Dritten Welt keinen Grund zur Beschwerde hätten, ist nicht berechtigt. Mittlerweile ist unübersehbar, dass sich in Deutschland Armut und Ausgrenzung nicht nur an den schwer erreichbaren Rändern der Politik festgesetzt haben, sondern sich aus ihrer Mitte heraus ständig erneuern und eine Dynamik annehmen, der die Sozialpolitik scheinbar machtlos gegenüber steht. Zahlreiche Studien, die sich mit Ungleichheit befassen, vom Armutsbericht der Bundesregierung bis zu den PISA-Studien, kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Alle Indikatoren zur Messung sozialer Ungleichheit deuten auf eine zunehmende Spaltung der deutschen Gesellschaft in Reich und Arm, in Oben und Unten.

Zwar hat in den letzten Jahren die Debatte in Teilen der Wissenschaft, und hier vor allem in den Sozialwissenschaften, immer mehr Aspekte von Armut untersucht (vgl. Butterwegge 2009, Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn 2009, Groh-Samberg 2009, Bude 2008, etc.); allerdings scheiden sich bei diesem Thema nach wie vor die Geister. Nicht nur Form und Ausmaß der Armut, auch ihre normative Bewertung und Interpretation sind umstritten. Dies ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert wurde das soziale Phänomen der Armut unterschiedlich beurteilt. Wohlhabende sahen das Problem anders als die Betroffenen selbst oder auch anders als kirchliche und später sozialstaatliche Instanzen. Insofern können die Kontroversen im gegenwärtigen Armutsdiskurs nicht überraschen. Allerdings spricht einiges dafür, dass sich die Armutsdiskussion in den letzten Jahren polarisiert hat und extreme Meinungen zunehmen (vgl. Hradil 2010: 1). Der klassischen Armutsberichterstattung in Deutschland steht der zunehmende Vorwärtsdrang scheinbar konträrer theoretischer Debatten um soziale Exklusion, die neue Frage der Überflüssigen und um die neue Unterschicht gegenüber.

Der hier vorgegebene Rahmen verbietet eine nähere Befassung mit der normativen Diskussion über Armut. Eine ganz allgemeine Beobachtung kann jedoch als Indiz dafür gelten, dass der deutsche Armutsdiskurs inzwischen Fahrt aufgenommen hat. Dies ist das auch in der Bundesrepublik immer wieder als polemische Keule genutzte Argument von der moralischen Fragwürdigkeit der „Armen“, das seit gut zwei Jahrhunderten die klassische Begleitmusik zu den Diskussionen um Armut in modernen Gesellschaften darstellt.

Die vorliegende Arbeit möchte den Armutsdiskurs in Deutschland aufgreifen und diskutieren. Dabei unternimmt sie den Versuch, Klarheit in die theoretische Vielfalt zu bringen. Sie beruft sich hauptsächlich auf zwei Strömungen der Debatte: zum einen auf Beiträge aus der klassischen deutschen Armutsforschung und zum andern auf neuere Arbeiten zum Phänomen der sozialen Exklusion. Nachdem sie kurz die Entwicklung des deutschen Armutsdiskurses darstellt, unternimmt sie den Versuch einer ersten allgemeinen Annäherung an den Armutsbegriff. Darauf folgt die Vorstellung der in der deutschen Armutsberichterstattung angewandten Indikatoren und Konzepte zur Messung von Armut. Am Schluss möchte sie kurz neuere Armutsdebatten aufzeigen und die Frage diskutieren, ob sich die scheinbar konträren Ansätze in der deutschen Armutsforschung tatsächlich unterscheiden oder ob sie sich nicht vielmehr sinnvoll ergänzen.

2. Die Entwicklung des deutschen Armutsdiskurses

Bis in die 1990er Jahre hinein weigerten sich Politik wie auch mediale Öffentlichkeit, Armut als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, geschweige denn Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu ergreifen. Erst deutsche Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften machten auf das Problem aufmerksam und begannen mit einer systematischen Dokumentierung der sozialen Missstände. So erschien 1994 der erste große Armutsbericht des DGB, der Hans-Böckler-Stiftung und des Paritätischen Wohlfahrtverbandes (vgl. Hanesch 2000); der zweite folgte im November 2000. Auch wenn es auf regionaler bzw. lokaler Ebene bereits einzelne Berichterstattungen über das Thema der Armut gab, - allerdings trugen sie den offiziellen Namen der Sozialberichterstattung, galt es doch als heikel, das Phänomen offen beim Namen zu nennen - legte erst die rot-grüne Bundesregierung im April 2001 auf zentralstaatlicher Ebene den ersten Armuts- und Reichtumsbericht vor. Zwei Parlamentsbeschlüsse aus den Jahren 2000 und 2001 verpflichten die jeweilige Bundesregierung, in der Mitte jeder Legislaturperiode einen solchen Bericht vorzulegen.

Diskutiert wurde der Begriff der Armut allerdings schon zwei Jahrzehnte davor: Erschien Armut angesichts des kontinuierlichen Ausbaus des Sozialstaates in den 1960er Jahren ein immer geringer werdendes Problem zu sein, setzte in den 1970er Jahren im Zuge der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit eine neue Form der Thematisierung von Armut ein. So thematisierte schon früh einer der führenden Sozialpolitiker der CDU, Norbert Blüm, nicht nur die negativen Folgen der Wirtschaftskrise aus den 1970er Jahren, sondern auch die bedrohlichen Konsequenzen des Sozialstaatabbaus für die Benachteiligten. Demnach betonte er, dass die Armen die letzten seien, die von den Segnungen des Sozialstaates erreicht werden (vgl. Butterwegge 2009: 128).

Der Unionspolitiker Heiner Geißler prägte den Begriff der neuen sozialen Frage. Dieser neuen sozialen Frage liegt die allgemeine Einschätzung zugrunde, dass sich die „alte“, vorwiegend klassenspezifische Armut im Zuge der so genannten Entproletarisierung aufgelöst und nunmehr ein Problem der „Randgruppen“, wie etwa der Rentner, der Frauen, der Kinder und der Behinderten sei (vgl. Geißler 1976). Geißler spitzte damit die Mutmaßung zu, die bereits in Schelskys Nivellierungsthese anklang, dass nicht mehr ausschließlich der Gegensatz von Arbeit und Kapital das Armutsproblem strukturiere, sondern auch andere Dimensionen die soziale Ungleichheit ausmachen. Ergänzt wurde diese Vermutung durch Modernisierungs- und Individualisierungstheoretiker, die eine Pluralisierung der Lebensstile und nicht so sehr Klassen- und Schichtungsanalysen für neuere Gesellschaftsentwicklungen verantwortlich machten (vgl. Beck 1986: 121 ff.).

Diese Diskussionslage führte zur Herausbildung von zwei konträren Positionen in der deutsche Sozialpolitik: Die neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik beanstandet die Überversorgung und die damit einhergehenden negativen Anreizwirkungen des sozialen Sicherungssystems bei gleichzeitiger Betonung von Eigenverantwortung. Die traditionell „linken“ Positionen, die auf die Folgen von Armut und Ausgrenzung hinweisen, betonen hingegen die Notwendigkeit einer gerechten Umverteilungspolitik zugunsten der Benachteiligten.

3. Eine erste Annäherung an den Armutsbegriff

Der klassische Armutsbegriff, der bis zur Neuzeit Geltung fand, bezieht sich ausschließlich auf den Aspekt fehlender Ressourcen für ein angemessenes, ständisches Leben (vgl. Schäfer 2009: 221). Ein moderner Armutsbegriff muss hingegen differenzierter sein und berücksichtigen, in welcher Gesellschaft ein Mensch lebt bzw. wie groß der ihn umgebende Wohlstand ist. Die deutschen Sozialwissenschaftler Wolfgang Glatzer und Werner Hübinger sehen Armut als „inferiore Lebenslagen [an], die hinsichtlich ihrer materiellen und immateriellen Dimensionen unterhalb von Minimalstandards zu finden sind“ (Glatzer/Hübinger 1990). So versteht Traugott Jähnichen in Anlehnung an Pierre Bourdieu Armut als die Ausgrenzung aus sozialen Kontaktnetzen, das Fehlen von Kompetenzen und das nur eingeschränkte Verfügen über materielle Ressourcen. Olaf Groh-Samberg bietet eine Begriffsbestimmung an, die Armut als mehrdimensionales Problem auffasst: „Eine Person gilt in dem Maße von Armut betroffen, wie sie sich im Hinblick auf ihre ökonomischen Ressourcen und die mit ihnen in unmittelbarer Wechselwirkung stehenden Lebenslagen dauerhaft unterhalb des gesellschaftlichen Wohlstandsniveau bewegt.“ (vgl. Jähnichen 2009: 152; Groh-Samberg 2009: 118). Armut als mehrdimensionales Problem umfasst

ökonomische wie soziale und kulturelle Aspekte. Den von Armut betroffenen Menschen fehlen neben Geld die damit zumeist verbundenen Partizipationsmöglichkeiten, die sie dazu befähigen, den gesellschaftlichen Willen- und Entscheidungsbildungsprozess mitzugestalten.

Armut gilt also als mehrdeutiger, missverständlicher und emotional aufgeladener Terminus. So existiert auch keine eindeutige Definition. Vielmehr hängt sie von den gesellschaftlichen Bedingungen und ihren Interpretationen zu einem gewissen Zeitpunkt ab. Daher ist es notwendig, immer wieder öffentlich bzw. im Fachdiskurs über den Armutsbegriff zu diskutieren; eine sterile, „objektive" Behandlung des Armutsproblems ist nämlich undenkbar (vgl. Butterwegge 2009: 12). Armut ist also ein politisch-normativer Begriff, der je nach sozialer Stellung, Weltanschauung und Religion unterschiedlich definiert wird. Gleichzeitig ist er aber auch ein relationaler Begriff, der sich nur in Bezug auf die jeweilige Gesellschaft näher bestimmen lässt. Entscheidend ist, welches Maß von Armut in einem Land gilt und wie dort die Betroffenen behandelt werden.

Arme sind nicht von Natur aus arm; vielmehr „(wird) Armut erzeugt, entweder durch die Mechanismen des ökonomischen Systems oder durch konkrete politische Handlungen oder Unterlassungen" (vgl. Roth 1997: 110). Auch bilden die von Armut Betroffenen in der Regel keine einheitliche Klasse, sondern vielmehr eine heterogen zusammengesetzte Gruppe (vgl. Butterwegge 2009: 15). Dennoch ist die Armut nicht losgelöst von Klassenstrukturen, Eigentums- und Produktionsmitteln zu verstehen. So ist Olaf Groh-Samberg der Ansicht, dass „ [n]ach wie vor (…) die soziale Klassenzugehörigkeit eine der prägendsten Determinanten der sozialen Ungleichheit von Lebenschancen [ist]" (Groh-Samberg 2009: 203). Allerdings hat der Zusammenhang von Armut und Klassenstrukturen im europäischen Armutsdiskurs bislang wenig Beachtung gefunden (vgl. Groh-Samberg 2009: 213).

4. Klassische Armutsforschung

Die soziologische Armutsforschung erhebt den Anspruch sozialpolitischen wie auch ungleichheitssoziologischen Ansprüchen gerecht zu werden. Die zentrale Frage nach dem Verhältnis von Armut und sozialer Ungleichheit steht also nach wie vor im Mittelpunkt der Analyse (vgl. Groh-Samberg 2009: 271ff.). Dabei geht es weniger darum, „die" Armut auszumachen, als vielmehr ihre sozialen und politischen Folgen im Blick zu haben. Präzise theoretische Konzepte sind die wesentliche Vorraussetzung für die empirische Messung von Armut. Gleichwohl können Messfehler die empirische Datengrundlage und die Validität der Armutsmessung in Frage stellen.
Da Armut also ein komplexes Phänomen ist, stellen die theoretische Definition und empirische Messung von Armut ein zentrales Problem der Armutsberichterstattung dar (vgl.

Groh-Samberg 2009: 35). Valide Daten dienen hierbei als solide Argumentations- wie auch als Handlungsbasis. Demnach lässt sich Armut nur dann bekämpfen, wenn ein Konsens über ihre Existenz und ihr Ausmaß besteht. Nur so lassen sich die einzelnen Betroffenen zahlenmäßig erfassen und zuordnen, nur so kann man den entscheidenden Trend in der Sozialstruktur wahrnehmen und dokumentieren (vgl. Butterwegge 2009: 39).

4.1 Relative vs. absolute Armut

In der klassischen Armutsforschung besteht Einigkeit darin, dass Armut in modernen Gesellschaften nur noch selten absolute Armut ist (vgl. Groh-Samberg 2009: 39). Diese liegt dann vor, wenn Menschen das zum Überleben Notwendige an Nahrung, Wasser, Kleidung, Heizung und Obdach fehlt, wenn Menschen nicht einmal das absolute Existenzminimum erreichen. Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern kommt dieses Armutsverständnis massenhaft vor; doch auch hierzulande stellt die wachsende Anzahl der von extremer Armut betroffener Menschen ein erschreckendes Symptom dar (vgl. Butterwegge 2009: 20).

Als typische Armut in modernen Gesellschaften gilt vielmehr die relative Armut. Relativ heißt sie deshalb, weil sie sich am Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft misst (vgl. Hauser 2008: 96). Arm ist also nicht bloß derjenige, dessen physisches Existenzminimum gefährdet ist, sondern auch, wer aufgrund materieller Defizite nicht einmal annähernd den durchschnittlichen Lebensstandard jener Gesellschaft, in welcher er lebt, zu sichern vermag. Gemäß einer weithin akzeptierten Definition der Europäischen Union aus dem Jahre 1984 gelten Personen als verarmt, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ (BMAS 2001: XIV). Relative Armut führt zu Stigmatisierung und Marginalisierung, die sich in den verfestigenden Ungleichheiten beispielsweise in Bezug auf Einkommens- und Vermögensverteilung widerspiegeln.

Die Kontroversen beginnen aber dann schon bei der Frage, ab welchen Grenzwerten diese relative Armut existiert. In der Regel gelten diejenigen in der Bevölkerung als arm, die über so wenig Einkommen verfügen, dass sie berechtigt sind, öffentliche Leistungen zur Armutsbekämpfung in Anspruch zu nehmen (vgl. Hradil 2010: 1). Damit entwickelt sich Armut zu einer Art von Abhängigkeitsverhältnis. Finanz- und Sozialpolitiker sehen den Bezug und die sich verfestigende Abhängigkeit einer zunehmenden Anzahl von Menschen von der Sozialhilfe allerdings nicht als Ausdruck der Armut, sondern vielmehr als einen Erfolg des Wohlfahrtsstaates bei der Armutsbekämpfung (vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht: 66f.).

4.2. Einkommensverteilung

Das nach wie vor geläufigste Konzept zur Messung von Armut ist der Ressourcenansatz der relativen Einkommensarmut. Gründe dafür sind vor allem, dass das Haushaltseinkommen zu der Standarddemographie vieler Datensätze gehört und dass Einkommen als wichtigste Ressource für ein gewisses Wohlstandsniveau und somit auch als zentraler Indikator zur Armutsmessung gilt (vgl. Groh-Samberg 2009: 41). OECD und die EU haben sich darauf verständigt, dass derjenige als arm gilt, der über ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnitts (Median) verfügt. Daneben gelten die Schwellenwerte von 40 Prozent und 60 Prozent des Durchschnittseinkommens als weitere Armutsgrenzen und zwar als starke Armut bzw. als milde Armut.

Diese Armutsabstufungen bieten eine gute Möglichkeit, Armut in Deutschland und in anderen Ländern zu vergleichen. Gleichwohl haftet Armutsschwellen, die sich auf die Einkommensverteilung konzentrieren, immer etwas Willkürliches an (Butterwegge 2009: 41). Da das eindimensionale Konzept als ein weitgehend bürokratischer Indikator gilt, der mit vielen Messfehlern behaftet ist und noch mehr Ermessenspielräume zulässt, kann also diese Konzeption weder zu einer genauen Messung von Armut führen, „geschweige denn als ungleichheitsoziologisch durchdachtes Konzept von Armut gelten." (Groh-Samberg 2009: 272).

4.3 Lebenslagenansatz

Um diesem Problem zu begegnen, hat sich der Lebenslagenansatz in der deutschen Armutsforschung als sinnvolle Ergänzung zum Einkommenskonzept etabliert. Die Forschung geht nämlich davon aus, dass die erste Dimension der Armutslage das Einkommen darstellt (vgl. Groh-Samberg 2009: 44). Indem der Ansatz zur Bestimmung von relativer Armut versucht, die individuelle Lebenssituation in vielen Einzelbereichen zu erfassen, entsteht ein differenzierteres Bild der konkreten Unterversorgung (vgl. Hauser 2008: 99). Statt ausschließlich das Haushaltsbudget zu erfragen, führt das Lebenslagenkonzept auch andere Lebensbereiche wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Freizeit, soziale Netzwerke und Kultur auf.

In der Tat bietet dieser mehrdimensionale Ansatz die Möglichkeit, Armut als das darzustellen, was es ist: ein vielseitiges Phänomen. Armut scheint nämlich tatsächlich neben ökonomischen, auch kulturelle und soziale Aspekte zu umfassen. Allerdings fällt das Lebenslagenkonzept auf der Ebene der empirischen Operationalisierung bislang noch weit hinter den Ansprüchen zurück, denn es fehlt Schwellendefinitionen für die einzelnen Lebensbereiche, ab denen jeweils eine Unterversorgung vorliegt. Darüber hinaus ist es schwierig, von den Einzeldimensionen zu einer Gesamtbeurteilung der Lebenslage zu

kommen. Das Konzept der Lebenslagenarmut verliert somit an Validität; am Ende gilt nämlich tatsächlich jeder und jede zumindest ein wenig als lebenslagenarm (Groh-Samberg 2009: 272).

4.4 Verwirklichungschancen nach Amartya Sen

Die neuere Armutsdiskussion dreht sich vor allem um das von dem Nobelpreisträger Amartya Sen entwickelte Konzept der Verwirklichungs- und Teilhabechancen zur Bestimmung von Armut. Auch der zweite dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 nimmt auf diesen Ansatz Bezug. Der Ökonom aus Bangladesch begreift zwar Armut als Mangel an Verwirklichungschancen (vgl. Butterwegge 2009: 63); dieser lässt sich aber wiederum auf eine Knappheit materieller Ressourcen zurückführen. Die Verbesserung der Bildung, der Gesundheitsversorgung und der Wohnbedingungen hat einen hohen Eigenwert; die gleichzeitige Verringerung materieller Defizite stellt jedoch dazu keinen Gegensatz dar (vgl. Butterwegge 2009: 63).

Wie auch bei dem Lebenslagenansatz bietet dieses Konzept Vorteile durch die Berücksichtigung mehrdimensionaler Perspektiven. Allerdings dreht sich hier die Kritik um das Operationalisierungsproblem der einzelnen Elemente: So stellt Richard Hauser fest, dass erst eine konzeptionelle Entwicklung von messbaren Indikatoren für alle Dimensionen eine klare Bestimmung von Armut garantiere. Mindestgrenzen in den einzelnen Elementen müssten gesetzt werden, um festzustellen, inwieweit der Einzelne oder eine Gruppe oder aber die gesamte Bevölkerung von ihnen abweichen. Dabei müssten sich die Mindeststandards an den mittleren Verhältnissen im jeweiligen Land orientieren (vgl. Hauser 2008: 97).

5. Neuere Armutsdebatten

Die mehrdimensionale Betrachtung des Nexus zwischen ökonomischen Ressourcen und Benachteiligung soll den Zusammenhang von Armut und sozialer Ungleichheit hervorheben. Die aktuelle Armutsproblematik ist nämlich nach wie vor ein Verteilungsproblem des gesellschaftlichen Reichtums (vgl. Groh-Samberg 2009: 111ff). Entsprechend muss Armut stets rückbezogen werden auf aktuelle gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen, in die sie eingebettet ist, um ein adäquates Bild des Ausmaßes von Armut und soziale Ausgrenzung zu erhalten. Allerdings gerät der klassische Zusammenhang zwischen Armut und sozialer Ungleichheit, der über die Klassenstrukturen moderner Gesellschaften vermittelt wird, in der jüngeren Auseinandersetzung um Armut und sozialer Ausgrenzung immer mehr in den Hintergrund. Seit Heiner Geißlers Diagnose einer Neuen Sozialen Frage aus den 1970er Jahren resultieren in vielen Diskussionsbeiträgen Armutsmerkmale nicht mehr primär aus einer klassenspezifische Schichtung, sondern sie entstehen aus einer teilweise quer zu

dieser liegenden sozialen Differenzierung. So zeichnen die neueren Debatten vielmehr ein Bild ungleichheitssoziologischer Differenzierungen.

Mit dem Konzept der sozialen Exklusion ändert sich die Frage nach dem Zusammenhang von Armut und sozialer Ungleichheit auf theoretischer Ebene (vgl. Groh-Samberg 2009: 239). Obwohl die Theorie der sozialen Exklusion keine neuen Konzepte und Methoden anbietet, so ändert sich doch die Perspektive auf das Armutsproblem beträchtlich. Für eine dynamische Armutsberichterstattung ist es unerlässlich, die neuen theoretischen Armutskonzepte zu diskutieren, miteinander zu vergleichen und der Frage nach der sinnvollen Ergänzung nachzugehen. Im Folgenden soll deshalb auf das theoretische Konzept der sozialen Exklusion eingegangen werden.

5.1 Die These der sozialen Exklusion

Die ursprünglich aus Frankreich stammende Theorietradition bringt Armut mit sozialer Ausgrenzung in Verbindung. Das Paradigma der so genannten sozialen Exklusion geht davon aus, dass sich Armut nicht etwa ausschließlich in Unterversorgungslagen erschöpft, sondern sich im Ausschluss diverser Partizipationsmöglichkeiten manifestiert (vgl. Kronauer 2002). Die Differenz von Exklusion als Gegenkonzept zu Armut liegt in der Auffassung, dass die verschiedenen Formen der sozialen Teilhabe nicht von der Ressourcenausstattung abhängen, sondern vielmehr unabhängige Strukturen der sozialen Integration sind. Zu solchen Strukturen der sozialen Integration gehören an erster Stelle die Erwerbsstrukturen und die sozialen Netzwerke, also die Frage nach der Arbeitsmarktintegration, der kulturellen Teilhabe und des Wohnumfeldes (vgl. Groh-Samberg 2009: 241). Anhaltende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut bringen eine neue gesellschaftliche Spaltung hervor, „und (…) diese Spaltung [schlägt sich] im Ausschluss von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft [nieder].“ (Kronauer 2002:11).

Soziale Exklusion ist also weder ausschließlich auf gesellschaftliche Benachteiligungsprozesse zu beziehen, noch durch relative Armut zu erfassen. Vielmehr betrifft sie die Frage nach einem festen Platz in der Gesamtgesellschaft. Und letztlich ist dieser Zufall darüber entscheidend, ob den Betroffenen eine Stimme verliehen wird oder ob sie glauben müssen, nirgendwo dazuzugehören (vgl. Bude 2008: 14). Diese Exkludierten „stellen daher eine Provokation für jede „anständige“ Gesellschaft dar.“ (Bude 2008: 15). Und ein solches Schicksal kann im Grunde jeden ereilen; „die soziale Stufenleiter ist überhaupt glitschiger geworden. Der Absturz scheint von überall möglich.“ (Bude 2008: 33).

Auch wenn der vorgegangene Satz von einer der Gesellschaft innewohnenden Risikogleichheit ausgeht, die in Anbetracht der Lockerung der sozialstaatlichen

Sicherheitsmechanismen für arbeitslose, kranke und ältere Menschen illusionär ist, betont das Konzept der sozialen Exklusion doch die Komplexität des Armutsphänomens. Denn dadurch kann die innere Struktur des Armutsphänomens erfasst werden. Doch es gilt nach wie vor den „Oben-unten-Gegensatz“ zu berücksichtigen und nicht den Schwerpunkt ausschließlich auf die „Innen-außen-Beziehung“ zu legen (vgl. Butterwegge 2009: 48); denn Arme sind zwar von materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ausgeschlossen, sie sind aber nach wie vor ein Teil der Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass die Thesen von Risikogleichheit und sozialer Exklusion zunächst einmal systematisch und empirisch geprüft werden sollten. Sicherlich kann ein arbeitsloser Spitzenmanager auf Heinz Budes glitschige Bahn in die Exklusion geraten, aber es ist doch zu vermuten, dass dies eher ein Ausnahmeschicksal im Vergleich zu den sozialen Karrieren von einkommensschwachen, schlecht gebildeten, in Regionen mit absterbenden Industrien angesiedelten Angehörigen der Arbeiterschicht darstellt. Solange die klassischen Schlüsselvariablen wie Einkommen, Bildung und Erwerbsstatus noch signifikant hohe Erklärungskraft auch für Exklusionsphänomene aufweisen, wie viele Studien andeuten, spricht vieles dafür, Armut im klassischen Sinne und soziale Exklusion nicht als alternative, sondern als unterschiedlich komplexe Konzepte zu einem sehr ähnlichen sozio-ökonomischen Sachverhalt zu verstehen.

5.2 Die Debatte über die neue Unterschicht

In diesen Kontext fügt sich auch die Diskussion um das „abgehängte Prekariat“, die 2006 nach der Veröffentlichung einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Infratest-Studie in Gang gekommen ist. Genährt hat sie zusätzlich der Begriff des Unterschichtenproblems, das der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem Zeitungsbeitrag eher beiläufig erwähnte (vgl. Butterwegge 2009: 225). In dem Zeitungsinterview warf Beck den Angehörigen der Unterschicht vor, kein Interesse mehr am Aufstieg durch Bildung zu haben.

Zum einen förderten diese Beiträge eine Reihe von aktuellen und differenzierten Armuts- und Exklusionstatbeständen zu Tage, zum anderen regte sie einen Armutsdiskurs an, der eine weitere Dimension des sozialen Problems in der Bundesrepublik bewusst machte. So hat vor allem in Ostdeutschland eine in den letzten Jahren spürbare Marginalisierung große Teile der Bevölkerung ergriffen, und auch zahlreiche Analysen, die sich mit Ungleichheit befassen, kommen zu dem ähnlichen Befund einer sich verschärfenden Ungleichheit. Offensichtlich führt der konstant betriebene Sozialabbau seit den 1970er Jahren zu einer stetig anwachsenden Zahl an Armen und Benachteiligten, eine Entwicklung, die sich für einige Teile des Gebiets der vormaligen DDR noch verschärft nachweisen lässt.

Darüber hinaus zeichnet die normativ geführte Debatte um Prekarität ein differenziertes Bild von Armut und Ungleichheit, das die tatsächlichen sozialen Umstände aufzuzeigen vermag. Dadurch, dass Zwischenstufen zwischen Armut und Wohlstand mit in die Analyse einbezogen werden, entsteht ein ungleichheitssoziologisches Verständnis von Armut, das in sich differenziert ist.

6. Die zeitliche Dimension

Beide Teilbereiche im deutschen Armutsdiskurs, sowohl die Kontroverse um Armut und Exklusion als auch die Debatte um die neue Unterschicht, verweisen auf eine wichtige analytische Erfordernis. Wesentlich für die Definition und die Messung von Armut ist die zeitliche Dimension. Armut ist nämlich weniger ein statischer Zustand der Deprivation, als vielmehr ein Prozess der beständigen Wechselwirkung von Ressourcenmangel und Deprivation. Wird die zeitliche Perspektive nämlich nicht in die Analyse miteinbezogen, dann kommt es zu einer starren Querschnittsanalyse, mit der sich die Dynamik und die langfristigen Folgen von sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit nur höchst unzureichend erfassen lassen (vgl. Groh-Samberg 3009: 89).

Deshalb scheint vor allem über die Dimension der Zeitlichkeit die Notwendigkeit der Zusammenführung verschiedener Ansätze und Traditionen der Armutsforschung auf die wissenschaftliche und auch politische Agenda zu kommen. Schon jetzt deuten Befunde, wie sie in bildungssoziologischen Untersuchungen über Schulerfolg und dessen Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Schüler zu Tage treten, auf die Notwendigkeit der Integration von kurzfristigen und langfristigen Bestimmungsfaktoren, ja sogar von generationenübergreifenden Sichtweisen hin. Vieles spricht dafür, bislang zumeist separat untersuchte Konzepte wie Einkommensarmut, Lebenslagenarmut, Prekariatslagen und Formen der Exklusion als Teile eines gesellschaftlichen Syndroms zu begreifen, das wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Dimensionen umfasst. Was zunächst als Einkommensarmut beginnt, kann sich über die Dimension der Zeitlichkeit in soziale Exklusion und zu Besonderheiten hinsichtlich der Ungleichheit entwickeln, die sich in der Abfolge von Generationen bis hin zu einer subkulturellen Neubewertung von Bildung, Beruf und sozialem Aufstieg verdichten. Eine in diesem Sinne angelegte, langfristig orientierte Forschung könnte auch einen substantiellen Beitrag zu manchen, zuweilen unerquicklichen politischen Debatten über Verteilungs-, Chancen- oder Generationengerechtigkeit und die Zusammenhänge zwischen diesen Gerechtigkeitsvorstellungen liefern.

7. Fazit

Auch wenn Armut hierzulande immer noch viel geringere Ausmaße aufzeigt als in der Dritten Welt, hält sie auch seit geraumer Zeit Einzug in entwickelte Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik. Sie tritt eher subtil in Erscheinung und erschien lange Jahre eher ein Randphänomen zu sein. Zuletzt haben die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise die Armut in die Mitte der Gesellschaft zurückgebracht. Daher ist es auch notwendig, nicht nur das Thema der Armut und der sozialen Gerechtigkeit auf die Tagesordnung der Politik zu setzen. Auch gilt es, das komplexe Phänomen mit all seinen Facetten zu analysieren. Dass dabei die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Armut und sozialer Ungleichheit im Mittelpunkt der Analyse steht, ist unübersehbar (vgl. Groh-Samberg 2009: 271).

Die Darstellung des deutschen Armutsdiskurses auf den vorherigen Seiten sollte nicht nur die Vielfalt der unterschiedlichen Konzepte aufzeigen; auch sollte sie die Forderung nach der Berücksichtigung eines umfassenden, vor allem die Dimension der Zeitlichkeit einbeziehenden Armutsbegriffs unterstreichen. Die in der klassischen Armutsforschung favorisierten Konzepte der Einkommens- und der Lebenslagenarmut sind nicht in der Lage, aktuelle ungleichheitssoziologische Aspekte zu erfassen (vgl. Groh-Samberg 2009: 272). Die Einbeziehung multidimensionaler und zeitlicher Perspektiven ist daher ebenso sinnvoll wie die Beachtung einer analytischen Differenzierung von Armut und Ungleichheit. Letztendlich sind das Aufbrechen des dichotomen Armutskonzeptes und damit die Berücksichtigung unterschiedlicher Typen von Armut und Formen der Prekarität wichtige Schritte, das Armutsproblem nicht nur zu analysieren, sondern auch anzupacken.

Die klassische Armutsforschung auf der einen Seite, die Debatten um soziale Exklusion und Prekarisierung auf der anderen Seite scheinen die ungleichheitssoziologischen und gesellschaftstheoretischen Fragestellungen in der Armutsforschung neu zu beleben (vgl. Groh-Samberg 2009: 53). Da die unterschiedlichen Konzepte jeweils verschiedene Aspekte von Armut messen, kann es durch eine sinnvolle Kombination dieser Messkonzepte zu einem umfassenden und differenzierten Verständnis von Armut führen.

Vielleicht öffnet ein komplexes Armutsverständnis der Politik die Augen…

8. Quellenverzeichnis

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.

Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Carl Hanser Verlag.

Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Frankfurt: Campus.

Geißler, Heiner (1976): Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg: Herder.

Glatzer, Wolfgang/Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. In: Diether Döring, Walter Hanesch, Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 44.

Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hauser, Richard (2009): Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs. In: Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-117.

Hanesch et al. (2000): Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch.

Hradil, Stefan: Der deutsche Armutsdiskurs. URL: (Stand: 26.08.11). http://www.bpb.de/publikationen/GKZ78L,0,Der_deutsche_Armutsdiskurs_Essay.html

Jähnichen, Traugott (2009): Der Wert der Armut. Der sozialethische Diskurs. In: Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151-165.

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Lebenslagen in Deutschland - Dritter Armuts- und Reichtumsbericht. URL: (Stand: 15.09.11). http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf

Roth, Jürgen (1997): Absturz – Das Ende unseres Wohlstandes. München: Piper.

Schäfer, Gerhard K. (2009): Geschichte der Armut im abendländischen Kulturkreis. In: Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221-242.

III. Wahrnehmung als Erfolgsfaktor

Die Auswirkung der öffentlichen Wahrnehmung sozialer Probleme auf Organisationen der Zivilgesellschaft und Beratungsfirmen

von Marius Mühlhausen

1. Einleitung 31
2. Soziale Probleme – eine soziologische Betrachtung 33
3. Das soziale Problem (Kinder-)Armut 34
4. Zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Probleme 35
5. Die Wahrnehmung eines sozialen Problems in der Öffentlichkeit 36
6. Kinderarmut in der Öffentlichkeit 39
7. Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Organisationen 41
8. Ein kurzer Blick auf die Spendenzwecke 43
9. Die Beratungsfirmen sozialer Investoren 44
10. Themenvoting – zwischen Fluch und Segen 46
11. Rückblick 47
12. Ausblick 48
13. Quellenverzeichnis 49

1. Einleitung

Soziale Probleme sind meist Produkt eines Staats- oder Marktversagens. So verwundert es nicht, dass gerade auch zivilgesellschaftliches Engagement vonnöten ist, um soziale Probleme kenntlich zu machen, zu verringern und vielleicht sogar zu beseitigen. Die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft[15] bei der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ist mittlerweile im öffentlichen Bewusstsein fest verankert und nicht nur staatlich gewollt, sondern auch Ausdruck einer Entwicklung, die den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt, selbst ihr Lebensumfeld zu gestalten.

[15] Es wird im Folgenden immer von Zivilgesellschaft gesprochen werden, da so der in der Wissenschaft vertretenen Unterscheidung zwischen Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft nachgekommen ist. Unter Zivilgesellschaft wird „der Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit [verstanden], der die selbstermächtigten, selbstorganisierten und selbstverantwortlichen Tätigkeiten und Körperschaften beinhaltet." Deutscher Bundestag. Drucksache 14/8900 (2002): Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Bürgergesellschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, S. 25.

Entgegen weitgehend verbreiteter Annahmen stellen Spenden nur einen sehr geringen Anteil der Einnahmen gemeinnütziger Organisationen dar.[16] Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass Spenden einen Einfluss auf die Zivilgesellschaft nehmen; denn sie sind nicht nur eine meist willkommene Unterstützung, sondern mit ihnen geht auch eine Form von Anerkennung der eigenen Arbeit einher.

Jüngste Beobachtungen weisen darauf hin, dass die Zivilgesellschaft in ihrem Selbstverständnis davon bedroht ist, ihren eigenen Erfolg an der Summe der ihnen zugewendeten Spenden zu bemessen.[17] Dementsprechend wird in dieser Arbeit Erfolg zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht als das Erreichen selbst gesetzter Ziele verstanden, sondern lediglich die Generierung von Spenden für ein Vorhaben aus der Zivilgesellschaft.

Die immer größere Auswahl an Spendenmöglichkeiten und die 2010 um 9 Prozent auf 2,3 Milliarden[18] gestiegene Summe an Spenden haben dazu geführt, dass eine fachkundige Beratung für Spender notwendig erscheint. Dass der Bedarf daran groß ist, haben bekannte Vermögensberatungen, aber auch eigens dafür gegründete Unternehmen vernommen. Die Spender werden hier zu ‚sozialen Investoren', deren Beratung als neuer Geschäftszweig erkannt wird und durchaus lukrativ ist.[19] Als Berater für potentielle soziale Investoren poltern diese Firmen nun in die Welt der Zivilgesellschaft und nehmen für sich in Anspruch, dass sie soziale Investitionen zielgerecht, effektiv und vor allem an „wirksame" Organisationen empfehlen. Sie verringern dabei zunächst einmal die Komplexität und kanalisieren Spendenmittel, was bei erfolgreicher Arbeit letztlich auch Auswirkungen auf die bunte Landschaft der Zivilgesellschaft hat.

Es bleibt zu fragen, woran sich Berater sozialer Investoren bei der Auswahl von Themengebieten orientieren und welche Rolle dabei die öffentliche Wahrnehmung von sozialen Problemen spielt. Denn Wahrnehmungen konstruieren unsere Wirklichkeit und sind dabei nicht nur selektiv, sondern beeinflussen unser Handeln. Die in dieser Arbeit im Vordergrund stehende Handlung, das Spenden, basiert also auf der selektiven Wahrnehmung unserer Umwelt. Entscheidungen, auch Spendenentscheidungen, werden dabei von sozialen Beziehungen und Informationen bestimmt. In der modernen Welt wird

[16] Vgl. http://www.fundraisingverband.de/index.php?id=280 (Stand: 10.08.2011)
[17] Vgl. Graf Strachwitz, Rupert (2010): Spenden und bürgergesellschaftliches Engagement. Aspekte einer politischen Kontextualisierung. In: Adloff, Klaus/ Priller, Eckhard/ Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften Band 8. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag, S. 6.
[18] Vgl. http://www.gfkps.com/imperia/md/content/ps_de/consumerscope/mobility/110401_pm_spenden_dfin.pdf (Stand: 09.09.2011)
[19] Vgl. http://www.stiftung-sponsoring.de/organisation-finanzen/nachrichten/vermoegensberater-unterstuetzen-mehr-soziale-investoren.html (Stand: 10.08.2011)

Informations- und Wissensvermittlung maßgeblich von den Medien und dem Internet bestimmt, wenn auch nicht ausschließlich. Folglich besitzen diese einen zentralen, ganz entscheidenden Einfluss auf die Wahrnehmung sozialer Probleme. Aus diesem Grund ist die Mediendarstellung sozialer Probleme in Kapitel 5 zu beleuchten und bildet die Grundlage für Aussagen über die gesetzten Prioritäten von Beratern sozialer Investoren. Beispielhaft für den Umgang eines sozialen Problems in den Medien und bei Beratern sozialer Investoren wird das Thema ‚Kinderarmut' herangezogen.

2. Soziale Probleme – eine soziologische Betrachtung

HIV, Alkoholmissbrauch, häusliche Gewalt, Kriminalität, sexuelle Perversion, Suizid, Umweltprobleme, Armut ... - die Liste sozialer Probleme ist lang. In der Bundesrepublik Deutschland hat erst spät eine wissenschaftliche Debatte über soziale Probleme stattgefunden, was auch mit der lange Zeit verbreiteten Annahme zusammenhängt, dass durch den „Ausbau sozialstaatlicher Maßnahmen [soziale Probleme vermindert werden], was im öffentlichen und auch im wissenschaftlichen Bewusstsein häufig mit ihrer Lösung gleichgesetzt worden war"[20]. Die Gesellschaft wurde schließlich eines Besseren belehrt.
Ohne auf die verästelten Details der wissenschaftlichen Debatte einzugehen, ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sozialen Problemen in der Soziologie maßgeblich von zwei Theorien geleitet ist. Die erste ist die bis in die 1970er Jahre vorherrschende ‚objektivistische Theorie', die soziale Probleme als „objektiv vorhandene Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und den realen Lebensbedingungen sozialer Gruppen"[21] definiert. Ihre Anhänger vertreten die Meinung, dass es nicht nur möglich, sondern auch Aufgabe der Soziologie ist, Missstände empirisch zu ermitteln und dann in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Dem gegenüber steht die zweite, die ‚definitorische' Theorie, die im Zuge des aufstrebenden Sozialkonstruktivismus die Meinung vertritt, dass „die gesellschaftliche Definition und nicht der objektive Charakter einer gegebenen sozialen Bedingung bestimmt, ob diese Bedingung als soziales Problem existiert oder nicht"[22]. Vertreter dieses Paradigmas verdeutlichen, dass eine objektive Identifizierung sozialer Probleme nicht möglich ist, sondern „soziale Probleme auf einem Prozess kollektiver Definitionen"[23] beruhen. Folgt man letzterer Theorie und nimmt an, dass soziale Probleme eine gesellschaftliche Konstruktion sind, so ist zu fragen, wer den öffentlichen Diskurs leitet und wer die Deutungs- und Interpretationshoheit besitzt. Die

[20] Groenemeyer, Axel (1999): Vorwort. In: Albrecht, Günter/ Groenemeyer, Axel/ Stallberg, FriedrichW. (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, 1. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 7.
[21] Schetsche, Michael (2000): Wissensoziologie sozialer Probleme. Grundlegung einer relativistischen Problemtheorie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 17.
[22] Blumer, Herbert (1975): Soziale Probleme als kollektives Verhalten, in: Hondrich, Karl Otto (Hrsg.): Menschliche Bedürfnis und soziale Steuerung. Reinbek: Rowohlt Verlag, S. 105.
[23] Schetsche, Michael (2000): S. 17.

Fragestellungen sind für die später hier ausgebreitete Diskussion grundlegend, ohne dass sie an dieser Stelle ausgebreitet werden können.

Zunächst ist festzuhalten, dass, unabhängig von welchem wissenschaftlichen Vertreter man sich leiten lässt, soziale Probleme als diejenigen Bedingungen zu verstehen sind, die nicht mit der Wertvorstellung der Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft im Einklang stehen. Was spezifisch an einem sozialen Problem als problematisch, unnatürlich, veränderbar und verwerflich wahrgenommen wird, basiert auf kulturellen, national und historisch gewachsenen Voraussetzungen. Die Problemdeutung unterliegt also einem ständigen Wandel. „Die Soziologie sozialer Probleme beschäftigt sich [...] mit der Frage nach den Bedingungen und Prozessen, die bestimmte Phänomene in der Gesellschaft als störend und veränderbar erscheinen lassen und Aktivitäten zu ihrer Veränderung“[24] beanstanden. Aus diesem Grund besitzt ihre Theorie bei der Behandlung der Thematik Relevanz.

3. Das soziale Problem (Kinder-)Armut

Armut, Kinderarmut im Besonderen, ist ein klassisches soziales Problem, da es gegen die gesellschaftlichen Grundwerte vehement verstößt und somit als nicht akzeptabel wahrgenommen wird. Es ist an dieser Stelle unmöglich, umfassend in die Geschichte, Forschung und Debatte der Armut einzuführen, aber wenige charakteristische Bemerkungen sind zu treffen. Die Armenhilfe ist spätestens seit der christlichen Mildtätigkeit fest in der abendländischen Kultur verankert; ihre Beseitigung wird mittlerweile als Aufgabe oberster Priorität verstanden, wenn auch nicht immer so gehandelt wird. In modernen westlichen Gesellschaften wird unter Armutsbekämpfung mehr als die bloße Existenzsicherung verstanden. Sie ist vielmehr mit Begriffen der Menschenwürde, der gesellschaftlichen Inklusion und der autonomen Individualität eng verknüpft. Durch den zunehmenden Ausbau des Wohlfahrtsstaats in der Nachkriegszeit wurde die Armenfürsorge und die Armutsverhinderung maßgeblich der staatlichen Fürsorgepflicht zugeschrieben. Tatsächlich übernimmt der Staat auch in Deutschland eine finanzielle Mindestsicherung und versucht, strukturelle Ursachen zu bekämpfen. Jedoch wird im Zuge der Transformation wohlfahrtsstaatlichen Handelns zunehmend zwischen berechtigter und unberechtigter Bedürftigkeit unterschieden. Dadurch unterliegen staatliche Hilfen einer gewissen Selektion, die Ausdruck einer Missbrauchsvermutung und zur Verhinderung einer plakativ als „spätrömische Dekadenz“[25] bezeichneten Entwicklung immer entscheidender werden.

[24] Groenemeyer, Axel (1999): S. 61.

[25] Der Begriff entstammt dem Kommentar des damaligen FDP-Vorsitzenden und aktuellen Außenminister sowie Vizekanzler der Bundesregierung Guido Westerwelle. Siehe hierzu: http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html (Stand: 05.09.2011)

Diese Art von Missbrauchsvermutungen verlieren ihren Sinn und ihre Berechtigung, wenn es um das soziale Problem Kinderarmut geht, denn hier kann nicht von gewollter Armut die Rede sein; Kinder haben keinen Einfluss auf das Umfeld, die Familie, in die sie hineingeboren werden. Das scheint zwar bei der willkürlichen Festsetzung staatlicher Zuwendungen[26] nicht immer im Bewusstsein der Politik zu stehen, ist aber in der aufgeklärten Gesellschaft unstrittig. Ebenfalls nicht zur Disposition steht, dass die Dimensionen der Kinderarmut vielfältig sind und dass der Staat keine ausreichende Fürsorge, geschweige denn Abhilfe aller Folgeerscheinungen von Armut leisten kann. Der Erfolg - hier im eigentlichen Sinne - der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Kinderarmut und bei der Installation geeigneter Projekte zur Verminderung ihrer vielfältigen Dimensionen ist unbestritten. Aufschlussreich bleibt die Frage, woraus sich die Stärke der Zivilgesellschaft ergibt, die zu ihrer Anerkennung in der Gesellschaft führte.

4. Zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Probleme

Die bereits vorgenommene Darstellung und Beschreibung sozialer Probleme wies darauf hin, dass diese häufig durch staatliches und/oder marktwirtschaftliches Versagen entstehen. In der Zivilgesellschaft haben sich Bürgerinnen und Bürger organisiert, um sozialen Problemen entgegen zu treten. Sie sind dabei keinesfalls nur Lückenfüller systemischer Funktionsfehler sondern häufig treibende, innovative Gestalter für Lösungen. Ihr Engagement basiert dabei häufig auf einer intrinsischen Motivation; ihre Legitimation zum Handeln erhalten sie durch ihre Nähe zum Sachverhalt. Zur Verständlichkeit soll das leicht idealisierte Bild einer pensionierten Lehrerin gezeichnet sein, die in ihrer Freizeit, aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen als Lehrerin, der Bildungsarmut von Kindern entgegentritt. Dies tut sie, da sie beispielsweise die mangelnde Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern aus prekären gesellschaftlichen Schichten selbst erlebte.

Das Beispiel macht deutlich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der Regel nicht mit der gleichen Problematik bei der Wahrnehmung einzelner sozialer Probleme konfrontiert sind wie außenstehende Bürgerinnen und Bürger, da sich ihr Wissen aus dem direkten Kontakt mit dem Problem ergibt. Sinnbildlich gesprochen bekämpfen sie die Probleme vor der eigenen Haustür. Durch diese direkte Verbindung begegnet die Zivilgesellschaft der These der definitorischen Theorie, dass soziale Probleme Ergebnis einer gesellschaftlichen Konstruktion sind. Die Nähe und Betroffenheit hat somit einen dekonstruktivistischen Effekt, den selbst die „Väter“ des Konstruktivismus, Peter L. Berger und Thomas Luckmann, anerkannten. Sie, die die objektive Theorie infrage stellen und folglich auch das wahrhaftige Erkennen von sozialen Problemen, haben in ihrem Klassiker *Die gesellschaftliche*

[26] Vgl. BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Absatz-Nr. (1 - 220), http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html (Stand: 10.09.2011)

Konstruktion der Wirklichkeit darauf verwiesen, dass man „gründlich und eingehend über diejenigen Ausschnitte der Alltagswelt informiert [ist], mit denen [man] oft zu tun hat, viel allgemeiner und ungenauer dagegen über die, welche [einem] fern liegen."[27] Die Nähe zum Problemfeld ist die offensichtliche Stärke der Zivilgesellschaft und vermag die gesellschaftliche Konstruktion zu durchbrechen. Häufig verrichten zivil-gesellschaftliche Organisationen ein subjektives Gemeinwohlinteresse und werden dadurch von der Gesellschaft anerkannt.

Allerdings sind die einzelnen Akteure im Zuge der zahlreichen gemeinnützigen Organisationen dazu verleitet, ihre Arbeit unter vielen anderen herauszuheben. Verstärkt wird dieser Trend durch die mediale, häufig dramatisierte und undifferenzierte Darstellung von einzelnen Missbrauchsfällen, die das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgerinnen und Organisationen zu schwächen droht. Diese Entwicklungen führen auch dazu, dass mehr Organisationen darum bemüht sind, ihre Arbeit transparent zu gestalten und durch Evaluation deren Wirkung darzustellen. Ein lupenreines und präsentierbares Image ist für den Erfolg bei der Spendenakquise von enormer Bedeutung. Dieser Trend zur klaren Außendarstellung ist sicherlich Ausdruck einer angestrebten und zunehmenden Professionalisierung der gemeinnützigen Organisationen, die zu begrüßen ist, man darf aber auch nicht übersehen, dass diese Organisationen einem gewissen Erfolgsdruck unterliegen, um in der Öffentlichkeit zu bestehen, erfolgreich zu sein. Dass die Nähe zum Sachverhalt nicht im gleichen Maße wie bei Bürgerinnen und Bürgern vorhanden ist, wurde bereits angedeutet und ist weiter auszuführen.

5. Die Wahrnehmung eines sozialen Problems in der Öffentlichkeit

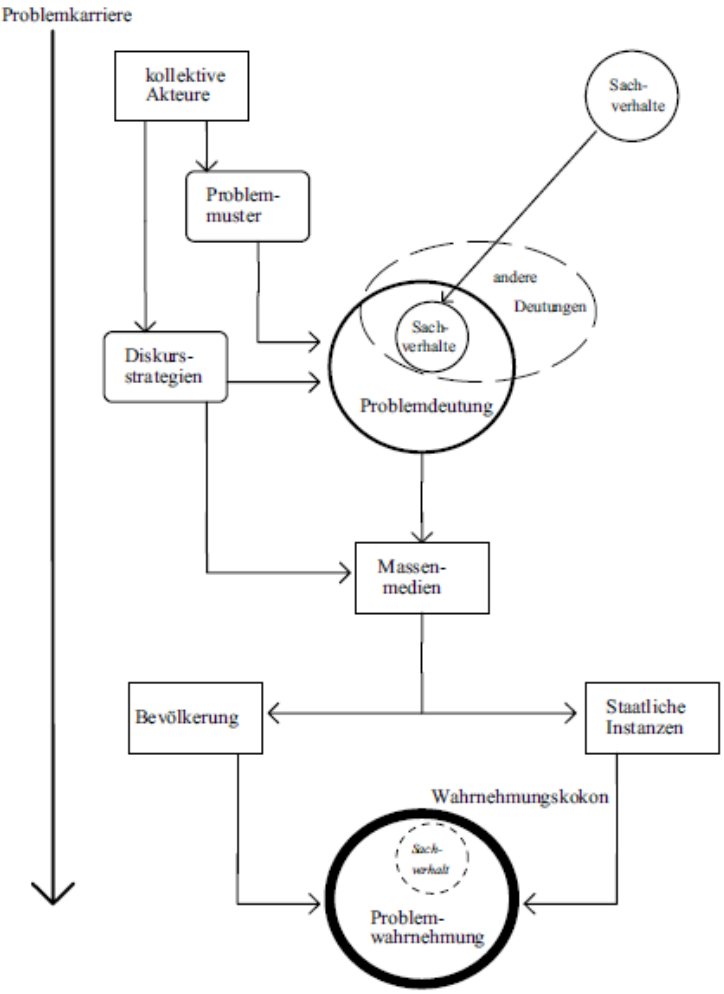
Von „der" Öffentlichkeit zu sprechen gestaltet sich als schwierig, denn gerade „Öffentlichkeit" ist ein komplexer und inflationär verwendeter Begriff, der in seiner Gänze kaum zu erfassen ist. Fortlaufend ist Öffentlichkeit als der gesellschaftliche Bereich zu verstehen, „der über den privaten, persönlichen, relativ begrenzten Bereich hinausgeht, für die Allgemeinheit offen und zugänglich ist"[28]. Wird also in dieser Arbeit davon gesprochen, dass ein soziales Problem in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, so meint dies, dass Informationen über die Problematik offen zugänglich und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, sich über das Problem eine Meinung zu bilden. Nicht zwangsläufig muss diese objektiv sein. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Fürwahrhaltung, die sich aus der mangelnden Sicherheit des Wissens ergibt. Wie aber wird etwas der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

[27] Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas (2003): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt a.M.: Fischer Verlag, S. 45.
[28] http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=KY02QL (Stand: 07.09.2011)

Hierfür erscheint es geboten, mögliche Entwicklungsschritte sozialer Probleme zu betrachten.

Das grundlegende Problem bei der Darstellung von Entwicklungen sozialer Probleme liegt darin, dass der Prozess nur retrospektiv aufgearbeitet werden kann. Somit unterliegen Modelle zur Karriere sozialer Probleme dem häufigen Vorwurf, dass sie Phasen überspringen bzw. schwer empirisch belegbar sind.[29] Trotzdem kann für das Verständnis der späteren Argumentation das Kokonmodell zur „Entstehung eines sozialen Problems“ von Michael Schetsche dienen:

Graphik 1: Entstehung eines sozialen Problems (nach Schetsche 1996)



Quelle: Schetsche, Michael (2008): S. 50.

Die Graphik 1 macht deutlich, dass ein Sachverhalt in ein von kollektiven Akteuren geschaffenes Problemmuster eingebettet wird, welches dem „Sachverhalt [...] Eigenschaften zuweist (Verstoß gegen die Werteordnung, Schuldlosigkeit der Betroffenen, Möglichkeit und

[29] Vgl. Groenemeyer, Axel (1999): S.53.

moralische Pflicht zu Abhilfe)“[30]; durch diese Interpretation erhält der Sachverhalt seinen problematischen Charakter. Die kollektiven Akteure „sind definiert als Gruppen von Personen mit gemeinsamen Motiven, Zielen und Handlungsstrategien, die ein Problemmuster formulieren (primärer Akteur) oder sich an der Thematisierung beteiligen (weitere Akteure)“[31]. Die kollektiven Akteure müssen sich gegen andere Deutungen und Interpretationen über den Sachverhalt durchsetzen. Mithilfe einer Diskursstrategie wird häufig, so Schetsche, unter Verweis auf dramatisierende Statistiken das Thema greifbar gestaltet. Mit ihnen und mit der Moralisierung der Thematik könne die Aufmerksamkeitsschwelle der Massenmedien, Wissenschaft und Fachöffentlichkeit durchbrochen werden. Die Massenmedien, zu denen heute auch maßgeblich das Internet gezählt werden muss, erhalten in dem Modell eine hervorgehobene Stellung, da sie „in letzter Instanz über Erfolg und Misserfolg einer Problemwahrnehmung“[32] entscheiden.

Sie seien es, die letztendlich durch die Bekanntmachung einer Thematik nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die staatlichen Instanzen für das soziale Problem sensibilisieren und Informationen verbreiten. An dieser Stelle setzt die Kritik an: Das Modell baue zu sehr auf den Massenmedien auf und weise ihnen eine überschätzte Machtgröße zu. In diesem Zusammenhang stellt gerade auch die Zivilgesellschaftsforschung gerne auf den Begriff der deliberativen Öffentlichkeit nach Habermas ab, der mehr Sprecher als die Massenmedien vorsieht.[33]

Dem ist auch nicht zu widersprechen, denn zweifelsohne gibt es eine Öffentlichkeit, die fernab von den Medien (darunter werden fortlaufend Printmedien, Rundfunk, Fernsehen und Internet subsumiert) stattfindet. Das sind die täglichen Treffen, das sind Engagements etc., die häufig erst einen öffentlichen Raum schaffen. Mit Blick auf die Bundesebene ist jedoch festzuhalten, dass auch diese Öffentlichkeit auf den Artikulationseffekt der Medien angewiesen ist. Die exzessive Nutzung des Internets von Seiten der Gegner von *Stuttgart 21* hat jüngst gezeigt, wie wichtig diese Plattformen auch für Betroffene sind. Sogar Habermas selbst hat in seinem Vorwort zur Neuauflage seines erstmals 1962 erschienen Klassikers *Strukturwandel der Öffentlichkeit* im Jahr 1990 nochmals auf die stark mediatisierte Infrastruktur der Öffentlichkeit hingewiesen.[34] Das lässt die weitere Betrachtung der Medien als vornehmliche Artikulationsinstanz sozialer Probleme auf Bundesebene gerechtfertigt erscheinen.

[30] Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiebaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 49
[31] Ebd. S. 52.
[32] Ebd. S. 53.
[33] Vgl. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/8900, S. 35.
[34] Vgl. Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, S. 27.

Wichtig ist, und das macht Schetsche deutlich, dass die Massenmedien aufgrund ihrer Stellung selektiv wirken und zudem ihrer eigenen Logik folgen. Ihr Ziel sind hohe Einschaltquoten, hohe Leserzahlen und „Klicks“ auf der Homepage; das sichert insgesamt Marktanteile. Um diese Aufmerksamkeit zu erreichen, passen Medien die Problemdeutung auch ihren eigenen Interessen an und besitzen somit eine doch hoch zu veranschlagende Deutungs- und Interpretationshoheit. Nachdem der Transfer durch die Medien gelungen ist, nehmen die Bürgerinnen und Bürger das Problem nach dem vorgegebenen Muster wahr. Dieses Problemmuster wird für die Gesellschaft zur sozialen Wirklichkeit.[35] Durch die Bürgerinnen und Bürger, durch Medien und durch staatliche Instanzen werden nun unablässig Deutungen und Interpretationen des Sachverhalts in der Öffentlichkeit präsentiert, welche das Problem wie ein Gespinnst umgeben; es kommt zum „Wahrnehmungskokon“[36]. Dies hat zur Folge, dass für die „Bevölkerung, Massenmedien, staatliche Instanzen und für die Wissenschaft“[37] nur noch die Hülle des Problems sichtbar ist und der Kern des eigentlichen Problems immer unerreichbarer wird, je länger der Diskurs anhält. Was folgt, ist „die Substituierung objektiver Sachverhalte durch diskursiv erzeugte symbolische Formen“[38]. Michael Schetsche bietet ein Analyseprogramm an, welches es ermöglicht, durch intensive Recherche dem Ursprung eines sozialen Problems auf die Schliche zu kommen; diese wissenschaftliche Analyse kann jedoch nicht mehr Teil der Arbeit sein. Für das weitere Verständnis reicht es aus zu verdeutlichen, dass soziale Probleme einer ständigen Definition unterliegen und, einmal in der Öffentlichkeit angekommen, von vielen Seiten zu dem geformt werden, was die Gesellschaft schlussendlich als „real“ wahrnimmt. Dabei sind Themen, die zur Dramatisierung und Darstellung geeignet sind, besonders öffentlichkeitstauglich, aber auch umso gefährdeter, von einem Wahrnehmungskokon umsponnen zu werden. Der eigentliche Kern der Problematik bleibt so für den Laien häufig unzugänglich.

6. Kinderarmut in der Öffentlichkeit

Das soziale Problem Armut wuchs im letzten Jahrzehnt immer mehr zum Topthema deutscher Massenmedien[39]; eine Fülle von wissenschaftlichen Armutsberichten rückt die Thematik genauso wie politische Debatten in regelmäßigen Abständen in den Fokus der

[35] vgl. Schetsche, Michael (2008): S. 54.
[36] Der Begriff Wahrnehmungskokon entstammt dem Kokonmodell von Schetsche (2008): „Die Bezeichnung „Kokonmodell“ bezieht sich auf eine Metapher, die verdeutlicht, welche spezifische Rolle kollektive Wissenbestände nach diesem Verständnis für die Wahrnehmung sozialer Probleme spielen[...].“ S. 55.
[37] Ebd. S. 55.
[38] Ebd. S. 55.
[39] Butterwegge, Christoph (2009): Vom medialen Tabu zum Topthema? Armut in Journalismus und Massenmedien, in: Journalistik Journal, 12 (2009)2. Köln: Herbert von Halem Verlagsgesellschaft, S.30 f.

Öffentlichkeit.[40] Kinderarmut, wie Maja Malik in ihrer Medienstudie von 2010 für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gezeigt hat, nimmt bei der Berichterstattung in den Medien eine gesonderte Rolle ein: Insgesamt rücken vier von zehn Berichten über Armut das Thema Kinderarmut in den Vordergrund.[41] Den Grund hierfür sieht Malik darin, dass Kinder eine „besonders hilflose und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppe“[42] darstellen, deren Problemlage am besten Armut verdeutlicht. Die Themenbehandlung von Armut generell ist im Vergleich zu anderen sozialen Problemen insgesamt konstant, wenn auch, wie bei den meisten sozialen Problemen, dramatisierende Einzelfälle behandelt werden, die nicht selten ein uneinheitliches, ja verzerrtes Bild der Armutssituation und Umstände präsentieren. In den Medienberichten wird beispielsweise maßgeblich auf die Armutssituation in Großstädten eingegangen, während ländliche Gebiete in Ostdeutschland, in denen die Situation nicht deutlich besser ist,[43] kaum Beachtung finden. Kinderarmut wird in der Öffentlichkeit häufig auf Standarderzählungen reduziert.[44.]

Nicht nur die Medien liefern unterschiedliche Interpretation und Deutungen von Kinderarmut, sondern auch die jüngsten Unstimmigkeiten bei der wissenschaftlichen Erhebung der Kinderarmutsquote in Deutschland drücken einen Mangel an Klarheit aus. Erst in diesem Jahr hatte die OECD ihre Zahlen zur Kinderarmut in Deutschland, welche auf Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahre 2009 basierten, kurzerhand von 16,4 auf 8,3 Prozent heruntergekürzt.[45] Das DIW hatte frühzeitig darauf verwiesen, dass sie ihre Berechnungsmethode verändert hatte und sich daraus andere Prozentzahlen ergeben würden – nur hören wollte das wohl niemand. Kurz vor der Bundestagswahl 2009 hatten diese 16,4 Prozent eine politische Debatte entfacht[46]. Fortlaufend stützten sich verschiedene Organisationen sowie die Wissenschaft auf diese Zahlen, ohne weitere Reflektion und ohne diese zu hinterfragen oder gar zu prüfen. Dass schlussendlich die Ergebnisunterschiede nach den logischen Angaben des DIW vorrangig aus dem Einbezug von Wohneigentum in das Einkommen und unterschiedlich angelegte Armutsschwellen entstanden,[47] konnte den Schaden am Ruf der Armutsforschung nicht wiederherstellen. Dass die in der Folge stattfindende Diskussion groteske Züge annahm und

[40] Vgl. Willke, Gerhard (2011): Armut- was ist das? Eine Grundsatzanalyse. Hamburg: Murmann Verlag, S. 166.
[41] Malik, Maja(2010): Armut in den Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52 unter http://www.bpb.de/publikationen/84TWQ1,4,0,Armut_in_den_Medien.html#art4 (Stand: 24.09.2011)
[42] Ebd.
[43] Vgl. http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=armutsatlas&no_cache=1 (Stand: 05.09.2011)
[44] Stang, Richard (2008): Armut und Öffentlichkeit, in: Huster, Ernst-Ulrich Huster/Boeckh, Jürgen/ Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 584.
[45] Vgl. http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/1/0,3672,8237473,00.html (Stand: 31.08.2011)
[46] http://www.faz.net/artikel/C30923/kinderarmut-in-deutschland-die-ware-zahlen-30337847.html (Stand: 06.09.2011)
[47]http://www.diw.de/de/diw_01.c.372595.de/themen_nachrichten/statistikdebatte_kinder_und_jugendarmut_ist_nach_wie_vor_das_draengendste_problem.html (Stand: 06.09.2011)

dass sowohl die hoch gegriffenen 16,4 als auch 8,3 Prozent Kinderarmut ein Armutszeugnis einer aufgeklärten, wohlhabenden Gesellschaft sind, bleibt festzustellen, kann jedoch hier nicht weiter diskutiert werden. Aber auch dieses Beispiel zeigt den Wahrnehmungskokon von öffentlich thematisierten sozialen Problemen, der sich nicht nur durch Interpretationen der Medien, sondern auch durch Unstimmigkeiten der Wissenschaft und Aufgrund von politischem Druck ergibt. Die Politik ist sich durchaus der Macht der Zahlen bewusst und so waren die Zahlen zur Kinderarmut in Deutschland auch immer gefolgt von heftigen Debatten. Auch vor der Bundestagswahl 2009 musste sich der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz mit seiner Prozentzahl von 12 Prozent Kinderarmut nicht nur der Kritik von Bündnis 90/ Die Grünen stellen, sondern auch die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen schloss sich der Rüge der Kaschierung und Vertuschung des sozialen Problems von in Armut lebenden Kindern an.[48] Überhaupt steht es verständlicherweise Politikern nicht gut an, ein politisch brisantes Thema wie Kinderarmut kontrovers zu diskutieren – so werden diese Zahlen verfestigt, selbst wenn Zweifel bestehen. Auch für die gewählten Vertreter des Volkes ist es nahezu unmöglich, den Wahrnehmungskokon zu durchbrechen. Eine „objektive"/offene Auseinandersetzung mit sozialen Problemen scheint in weiter Ferne zu liegen.

7. Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Organisationen

Bisher wurde ein sehr passives Bild der Bürgerinnen und Bürger in den Debatten und im öffentlichen Diskurs gezeichnet, was keinesfalls dem tatsächlichen Zustand unserer Gesellschaft gerecht wird. Denn, gerade mit Blick auf die Zivilgesellschaft muss hervorgehoben werden, dass durch freiwillige Zusammenschlüsse und durch die (meist) niedrige Eintrittsschwelle in Organisationen ein Raum für öffentlichen Diskurs geschaffen wird und so „Öffentlichkeit" erst entsteht. In diesem Verständnis sind die Bürger keinesfalls nur Konsumenten von Themen in der Öffentlichkeit sondern auch Produzenten. Durch die Verbreitung von Informationen sowie die Veröffentlichung ihrer Meinung und ihren Erkenntnissen begeben sich die Bürger in die Lage, auch das politisch administrative System unter Handlungsdruck zu stellen. Damit der dafür oft benötigte öffentliche Druck entstehen kann, führt kaum ein Weg an den Medien vorbei. Nur durch ihre Artikulation kann die breite Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften erreicht werden.[49] Da zur Platzierung eines Themas eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit notwendig ist, versuchen die Akteure und Beteiligten sich durch gezielte Kampagnen in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger

[48] http://www.faz.net/artikel/C30923/kinderarmut-in-deutschland-die-ware-zahlen-30337847.html (Stand: 10.09.2011)
[49] Vgl. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/8900, S. 35.

zu rücken.[50] An dieser Stelle ergibt sich ein ambivalentes Bild der Themenanwälte sozialer Probleme zur Öffentlichkeit. Zum einen ermöglicht Öffentlichkeit einen sinnvollen und notwendigen sowie letztlich fruchtbaren Austausch über Lösungswege und Problembehandlungen, zum anderen wird die Interpretationshoheit über den Sachverhalt aus der Hand gegeben. Mit dem Eintritt eines Themas in die Medien findet ein Prozess statt, den Schetsche mit seinem Wahrnehmungskokon deutlich macht. Dass dann auch Deutungen entgegen des Interesses von primären kollektiven Akteuren entstehen, liegt scheinbar in der Natur des Systems der Öffentlichkeit. Diese kann zwar zu mehr Anerkennung und Bekanntheit des eigenen Engagements führen und politischen Handlungsdruck erzeugen, nicht selten werden dabei aber auch gesetzte Prioritäten verschoben. Interessant im Zusammenhang dieser Arbeit ist vor allem, dass der Weg zur breiten Öffentlichkeit durch die Medien eingeengt ist: Sie besitzen eine Trichterfunktion, die der „Medienlogik“ folgt. Bestimmte Themen sind von Beginn an ausgeschlossen. Hierbei findet eine doppelte Prüfung der Themeneigenschaften statt: Erstens achten Medienvertreter auf die Darstellungsmöglichkeiten der Thematik, zweitens versuchen sie, sich am Publikum zu orientieren und dessen Bedürfnisse zu antizipieren.[51] Schwer verständliche und komplexe Sachverhalte werden simplifiziert oder erhalten überhaupt keinen Zutritt.
Bei Kinderarmut handelt es sich, wie bereits dargestellt, um ein relativ konstantes Thema in den Medien. Die großen Organisationen wie „Brot für die Welt“ setzen gerade auf die öffentlichkeitswirksame Darstellung ihrer Sachverhalte. Mitunter greifen sie dabei auf Methoden zurück, die gerade bei der Art und Weise der Armutsdarstellungen auf Kritik stößt von Seiten derer, die in einer Opferrolle abgebildet werden. Aber zugleich scheint es, als wäre eine solche Darstellung notwendig, um dem Interesse der Öffentlichkeit nachzukommen. Der Erfolg einer gezielten Vermittlung von sozialen Problemen wird bei den Spenden-Galas im Fernsehen vor der Weihnachtszeit bis zum Grotesken deutlich. Hier werden, oft in Kooperation mit Prominenz aus Politik, Sport und Kultur, Opfergruppen bewusst hilflos dargestellt, um die Notwendigkeit der Wohltätigkeit zu erhöhen und ein Mitgefühl zu wecken. Die so erzielte emotionale „Betroffenheit“ des Zuschauers erhöht die Spendierfreude. Da Kinderarmut ein leicht zu vermittelndes Thema ist, trifft auch dies im besonderen Maße auf das hier angeführte Beispielthema zu.

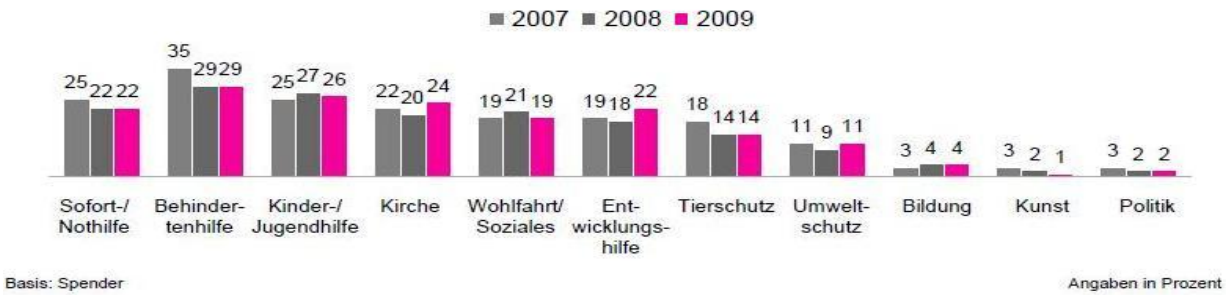
Dabei kann die dauerhafte Präsenz bestimmter sozialer Probleme sowie einiger weniger gemeinnütziger Organisationen es anderen Themenkomplexen und ihren Akteuren erschweren, ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu gelangen. Und so verwundert es nicht, dass

[50] Vgl. Voss, Katrin (2007): Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Mittel-Ziele-interne Strukturen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 14.
[51] Vgl. Hug, Detlef Matthias (1997): Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in sozialen Konflikten. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 337.

beispielsweise Studenten in einer nicht-repräsentativen Umfrage in einem Seminar problemlos mehrere Organisationen zu benennen in der Lage sind, die gegen Kinderarmut kämpfen, jedoch nur dürftig diejenigen, die sich um die Probleme der Jugendgewalt oder der Kinderpornographie kümmern. Damit dürften die Seminarteilnehmer/-innen im Trend der Gesellschaft liegen. Aus der selektiven medialen Wahrnehmung entsteht auch, so die These, eine selektive Wahrnehmung bei Spendenentscheidungen. Denn Medien und Galas schaffen es, ein Verbundenheitsgefühl zu den „Opfern“ herzustellen - wenn auch teilweise auf einem fragwürdigen Weg und auf einer emotional gesteuerten Weise, was es dann leichter macht, Spenden zu generieren.[52] Zudem fühlt man sich durch die Medienpräsenz über einige Themen auch besser informiert, was einem ein sicheres Gefühl bei einer Spende gibt – man glaubt, das Thema und die Organisationen zu kennen und ist so von dem Nutzen überzeugt.

8. Ein kurzer Blick auf die Spendenzwecke

Die Entwicklung der Spendenforschung in Deutschland hat sich den letzten Jahren intensiviert. Wenn sie auch gewiss noch nicht an ihrem Ziel angekommen ist, so liefert sie doch erkenntnisreiche Hinweise. So verhält es sich auch bei den Ergebnissenen zur Klassifikation der Spendenzwecke, die zwar je nach Institut Unterschiede in ihrer Ausgestaltung vorweisen, aber klare Tendenzen erkennen lassen. So ist festzuhalten, dass „in Deutschland seit Jahren vorrangig für den Bereich Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Sofort- und Nothilfe, Wohlfahrt und Soziales gespendet“[53] wird. Eine Graphik von TNS Infratest Spendenmonitor[54] verdeutlicht aus den Angaben der Spender die Spendenzwecke von 2007 bis 2009 wie folgt:



[52] Vgl. Adloff, Frank (2010): Die Institutionalisierung und Sakralisierung des Gebens: Ein kultursoziologischer Blick auf das Stiften und Spenden. In: Adloff, Klaus/ Priller, Eckhard/ Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften Band 8. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag, S. 229.

[53] Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (2010): Spendenbericht 2010. Daten und Analyse zum Spendenverhalten. Berlin: DZI Verlag, S. 67.

[54] http://www.tns-infratest.com/branchen_und_maerkte/pdf/social_marketing/15_Jahre_Deutscher_Spendenmonitor.pdf (Stand: 14.09.2011)

Es scheint häufig die Regel zu gelten: mehr Medienpräsenz, mehr Spenden. Das wird besonders deutlich bei den Spendenaufkommen für Katastrophen, die in unterschiedlichem Maß von den Medien begleitet werden. Beispielsweise wurden für die Erdbebenopfer in der südwestchinesischen Provinz Sichuan im Jahr 2008 93,4 Millionen Euro gespendet. Der im Jahr 2004 aus dem Indischen Ozean entstehende Tsunami führte zu einer Spendensumme von 3,8 Milliarden Euro geführt.[55] Betrachtet man nun die Zahl der von den Katastrophen betroffenen, so bietet sich einem ein erstaunliches Bild. Bei dem Erdbeben waren es 45,9 Millionen Menschen, bei dem Tsunami 1,8 Millionen Menschen.[56] Folglich spendete die Welt bei dem Erdbeben pro Betroffenen 2 Euro, für den Tsunami 2100 Euro. Diese unterschiedlichen Zahlen sind unabhängig von der Örtlichkeit der Katastrophe und der Situation der Weltwirtschaft ausdrucksstark und können nur unter Rückgriff auf die Medienpräsenz erklärt werden, die bei dem Tsunami deutlich höher war.

9. Die Beratungsfirmen sozialer Investoren

Die auf den Markt drängenden Beratungsunternehmen für potentielle Spender – sowohl für Privatpersonen als auch für von Unternehmen im Rahmen von Projekten des Corporate Social Responsibility (CSR) - sind noch junge Erscheinungen, wobei zu erwarten ist, dass diese Art von Vermögensberatung aufgrund der konstanten Spendensummen und der Trend hin zum CSR zukunftsträchtig ist.

Im Zentrum der Betrachtung steht die 2010 gegründete PHINEO gAG, die sich als Plattform für soziale Investoren sieht und nach eigenen Angaben „eine Brücke für alle, die nicht nur Gutes tun, sondern auch Gutes bewirken wollen“ baut: „Diese Brücke verbindet soziale Investoren und gemeinnützige Organisationen. Die Wirkung gemeinnütziger Arbeit steht für PHINEO dabei im Mittelpunkt.“[57] Durch eine umfassende und aufwändige Analyse gelingt es PHINEO, die Wirkung einzelner gemeinnütziger Organisationen zu ermitteln. Wird einer Organisation eine positive Wirkung durch ihre Arbeit bescheinigt, führt dies zu einer Aufnahme in den jeweiligen Themenreport von PHINEO. Dies kommt einer Spendenempfehlung gleich. Durch die Empfehlung haben die Organisationen aus der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich einem breiten Publikum zu präsentieren und können auf den erfolgreichen „Wirkungstest“ der PHINEO gAG verweisen. Damit folgen sie dem Trend zur Außendarstellung durch Evaluierung. Der soziale Investor wiederrum kann, um im Sprachjargon der PHINEO gAG zu bleiben, dadurch davon ausgehen, dass seine Investition

[55] Vgl. Phineo AG, Allianz (2011): Im Notfall besser Helfen. Ratgeber zum Spenden bei Naturkatastrophen, S.4 und S.5.
[56] Vgl. Phineo AG, Allianz (2011): Im Notfall besser Helfen. Ratgeber zum Spenden bei Naturkatastrophen, S.4 und S.5.
[57] http://www.phineo.org/phineo/ueber-uns/mission/ (Stand: 09.09.2011)

bleiben, dadurch davon ausgehen, dass seine Investition eine hohe „soziale Rendite“ abwirft.[58] So gesehen ergibt sich daraus eine Win-Win-Situation für beide Parteien.

Durch die Auswahl der Problemfelder für die Themenreports findet vorab eine Selektion von kollektiven Akteuren statt, die an den Ausschreibungen für die Evaluation des Beraters teilnehmen können. Folgende Themenreports wurden bis dato veröffentlicht:[59]

1. Hartz geklingelt? Jugendlichen echte Berufsperspektiven schaffen
2. Erfahrungssache – Engagement 55+ wirkt!
3. Brücken bauen! Integration junger Migranten durch Bildung
4. Fair handeln, fair ändern! Umweltbildung für junge Menschen
5. Fit und fröhlich! Gesundheit für junge Menschen
6. Ohren auf! Musik für junge Menschen
7. Mitmachen, mitgestalten! Junge Menschen für gesellschaftliches Engagement begeistern

Ordnet man nun die bisherigen Themenreports der Klassifikation des Schaubilds vom TNS Infratest Spendemonitor zu, könnte man die Themenreports 1, 3, 4, 5, 6, 7 dem Bereich *Kinder- und Jugendhilfe* sowie den Themenreport 2 dem Bereich der *Wohlfahrt und Soziales* zuweisen. Vor allem der erstgenannte Bereich generiert mit am meisten Spenden und auch das zweitgenannte Feld erreicht hohe Spendensummen; beide scheinen also den Bedürfnissen von potentiellen sozialen Investoren zu entsprechen.

Wie aber kommt es zur Auswahl der Themen? Es liegt die Vermutung nahe, dass gerade solche Beratungsfirmen sozialer Investoren, die noch darum bemüht sind, bekannt zu werden und ihre Daseinsberechtigung unterfüttern müssen, bekannte Themenfelder zur Erstellung ihrer Reports heranziehen. Die PHINEO gAG hat auf ihrer Internetseite ein „Themenvoting“ installiert, im Rahmen dessen Bürgerinnen und Bürger sich über Themenvorschläge der PHINEO gAG informieren können und zur Abstimmung aufgefordert sind. Das Ergebnis dieser Abstimmung entscheidet über das Themengebiet des nächsten Reports.

Die PHINEO gAG, die bestimmte Themen zum Voting vorgibt, beruft sich darauf, dass man selbst Themenvorschläge unterbreiten kann und dass ihre „Mitglieder der Themen-Kommission [...] die Anliegen gemeinnütziger Organisationen wie auch die Bedürfnisse Sozialer Investoren“[60] kennen. Wie aber kann es dazu kommen, dass eine so starke

[58] Vgl. http://www.phineo.org/phineo/ueber-uns/mission/ (Stand: 10.09.2011)
[59] Vgl. http://www.phineo.org/themenreports/veroeffentlichte-reports/ (Stand: 24.09.2011)
[60] http://www.phineo.org/themenreports/haeufige-fragen/#c888 (Stand: 14.09.2011)

Bündelung auf bekannte Themenkomplexe stattfindet? Hier muss man fragen, ob ein solches Themenvoting die geeignete Methode für den Auswahlprozess ist und wenn ja, welche Feinheiten dabei zu beachten sind.

10. Themenvoting – zwischen Fluch und Segen

Durch das Voting hat die Auswahl der Themen einen partizipativen Charakter - dies ist zunächst zu begrüßen. Fragwürdig erscheint aber das Auswahlverfahren, das eine entscheidende Hürde darstellt – mitunter eine unüberwindbare. In dem Fall, dass bei der Zusammenstellung der zur Abstimmung vorgeschlagenen Themen Sachverhalte zur Wahl stehen, die sich in ihrer medialen Präsenz unterscheiden, so darf es nicht verwundern, dass die Wirkung der Medien auf die Wahrnehmung dieser Sachverhalte auch das Voting beeinflusst. Schließlich handelt es sich bei den Personen, die sich über potentielle Organisationen informieren wollen, nicht um Experten, sondern im Zweifel um „unwissende" Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund schließt sich die Kritik an den Beratungsfirmen in dieser Arbeit an die Methode der Themenauswahl an. Die PHINEO gAG dient hierbei nur als Beispiel, denn auch andere auf diesem Markt tretende Berater sollten sich mit dieser Problematik auseinandersetzen.
Als marktwirtschaftlich organisierte Dienstleister sind soziale Berater auf Dauer darauf angewiesen, dass sie von der Spendenvermittlung profitieren. Dabei wird wie bei jeder Vermögensberatung über kurz oder lang eine Gegenleistung verlangt werden, auch wenn es bei der PHINEO gAG zurzeit die Themenreports noch kostenlos zum Download gibt. Aus diesem Grund haben Berater das Interesse, möglichst hohe Vermögenssummen und viele soziale Investoren anzusprechen. Dass dies eher mit Kindern und Jugendlichen in deprivierten Lebenslagen gelingt als mit Gewalttätern ist aus den oben angeführten Gründen offensichtlich.

Die Berater sozialer Investoren sollten sich ihrer Verantwortung gegenüber der Zivilgesellschaft bewusst sein, wenn sie im Sinne dieser handeln wollen. Jede Kanalisierung ist eine Auswahl, die nur die starken, mächtigen und etablierten Themen bestehen lässt. Dies hat Rückwirkungen auf die gemeinnützigen Organisationen, die sich unterschiedlicher sozialer Probleme angenommen haben. Eine geeignete, faire Methode jenseits der Betrachtung der Medienwirksamkeit und Medienaufmerksamkeit wäre also vor allem im Interesse derjenigen gemeinnützigen Organisationen, die sozialen Problemen abseits des Medienrummels begegnen, die sich für unpopuläre Themen einsetzen und für Menschen, die sonst über keine Lobby verfügen. Einige Autoren haben bereits darauf hingewiesen, dass man nicht auf die Medien als objektiven Beobachter der Zivilgesellschaft setzen darf.[61] Aber

[61] Vgl. Graf Strachwitz, Rupert (2010): S. 5.

indirekt wird durch ein Voting - wie das der PHINEO gAg - in Kauf genommen, dass Medien Einfluss erhalten, obwohl man deren häufig undifferenziertes Bild gerade durchbrechen sollte; wie schwer das ist, zeigte Michael Schetsche mit seinem Wahrnehmungskokon. Durch eine mögliche Orientierung an vorhandenen medienkompatiblen sozialen Problemen ist nicht nur der finanzielle Segen für einen großen Teil gemeinnütziger Organisationen beschnitten, sondern auch die öffentliche Anerkennung wird in der sowieso vorhandenen Richtung bestärkt.

Ein medienorientierter Ansatz der Beratungsfirmen darf, nach der hier vertretenen Meinung, nur als Sprungbrett für die öffentliche Eigenwahrnehmung genutzt werden. Eine dauerhafte, derartige Vorgehensweise könnte negative Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft in ihrer jetzigen Verfassung haben, denn ihre Vielfalt, Offenheit und ihre Flexibilität ist ihre Stärke und sollte nach Möglichkeit nicht durch soziale Berater gefährdet werden. Hierfür bedarf es eines gewissen Wirtschaftsethos in der Branche von Beratungsfirmen sozialer Investoren. Nun ist es ein Leichtes, Kritik zu äußern – Lösungen zu finden hingegen, gestaltet sich deutlich schwerer.

11. Rückblick

Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, das Verhältnis der Berater sozialer Investoren und die Wahrnehmung von sozialen Problemen und der Zivilgesellschaft zu beleuchten. Nachdem der wissenschaftliche Stand zu sozialen Problemen gestreift wurde, lag das Augenmerk auf der Entstehung der Wahrnehmung sozialer Probleme in der Öffentlichkeit. Daraus entstanden zwei wesentliche Erkenntnisse: Erstens ist es schwierig, die Objektivität sozialer Probleme zu bemessen, zweitens besitzen die Medien eine gewisse Vormachtstellung bei der Artikulation sozialer Probleme. Die Folge ist, dass es bisher weder die Medien, noch die Wissenschaft oder die Politik schaffen, sich annährend wertfrei mit sozialen Problemen auseinanderzusetzen – jeder Bereich aufgrund systemimmanenter Logiken. Verdeutlicht wurde dies am Beispiel des Sachverhalts Kinderarmut in Deutschland. Michael Schetsche hat dabei den Begriff des Wahrnehmungskokons geschaffen. Die Zivilgesellschaft und ihre vielen Mitglieder, so wurde gezeigt, haben durch ihre Nähe zu den sozialen Problemen einen klaren Wissensvorsprung, den es als Gesellschaft zu nutzen gilt und der eine Chance darstellt.

Spenden von Privatpersonen und von Unternehmen können dazu beitragen, dass gemeinnützige Organisationen, die besonders zielgerichtet soziale Probleme vermindern, den nötigen finanziellen Spielraum erhalten. Zudem drücken Spenden auch eine durchaus zu beachtende Art von Anerkennung aus. Beratungsunternehmen sozialer Investoren können dabei die sehr wichtige Funktion übernehmen, abseits der Medien in Rücksprache

mit der Zivilgesellschaft Informationen anzubieten und Spender und Empfänger zusammenzuführen. Dass dabei auch die sozialen Berater einer gewissen Eigenlogik folgen, hat diese Arbeit unter Rückgriff auf das Beispiel der gemeinnützigen PHINEO AG gezeigt.

12. Ausblick

Ist das Ziel, dass Berater sozialer Investoren nicht nur eigennützig, sondern im Sinne der Zivilgesellschaft handeln, so sollte das Augenmerk darauf liegen, möglichst keine künstliche Transformation dieses Bereiches zu verursachen. In Verantwortung gegenüber dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger sollte versucht werden, den einzelnen Bereichen der Zivilgesellschaft in annährend gleichem Maße gerecht zu werden. Dafür bedarf es zunächst einmal einer intensiven Aufklärung jedes potentiellen Spenders und einer Strategie, die auf unabhängige Experten setzt. Die Aufklärung sollte, wie man es bei PHINEO gAG schon in Teilen finden darf, auf die Besonderheiten der Zivilgesellschaft eingehen und darauf, was beim Spenden wichtig ist. Es darf auch der Anspruch eines sozialen Beraters sein, die Effektivität von gemeinnützigen Organisationen zu überprüfen und somit eine Qualitätssicherung der eigenen Beratung zu gewährleisten – die Analyseprogramme bieten sogar eine sehr gute Orientierung für Organisationen der Zivilgesellschaft für ihre eigene Arbeit. Aber es ist dabei auch entscheidend zu vermitteln, dass es sich bei einer Spende nicht um einen Häuserkauf handelt, der im Zuge steigender Mieten irgendwann Renditen abwirft. Genauso sollte man darauf hinweisen, dass es nicht Ziel sein kann, durch eine Spende gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Besonders deutlich sollte das auch den Unternehmen gemacht werden, die mit ihren CSR-Kampagnen auf eine größtmögliche Außenwirkung abzielen und besonders auf die Darstellungsmöglichkeiten ihrer „Wohltaten“ bedacht sind. Es sollte darum gehen, das beste Projekt zu unterstützen, aber eben nicht darum, mit dem besten und tollsten Projekt, deren Unterstützer man sich nennen darf, haussieren zu gehen. Berater sollten explizit nicht dem Trend „Tue Gutes und rede darüber“[62] folgen. Denn wird man diesen Sehnsüchten einiger Spender gerecht, dann darf es nicht verwundern, dass einige Engagements bei einer fehlgeleiteten Kanalisierung von Spendenmitteln um ihre Existenz bangen müssen. Das wäre die Gefahr für die Zivilgesellschaft.

Daher wäre es im konkreten Fall vielleicht sinnvoller, Themen für die Reports zur Abstimmung zu stellen, die sich auf gleicher Augenhöhe bezüglich der Wahrnehmung in der Gesellschaft befinden. Es würde sich anbieten, eine Klassifikation von gemeinnützigen Zwecken heranzuziehen und dann aus jedem Bereich einen Themenreport zu erstellen. Dadurch könnte man wohl gewiss nicht verhindern, dass soziale Investoren letztendlich doch

[62] Strachwitz, Rupert Graf (2010): S. 1.

dem Bereich mehr Geld zukommen lassen, der ohnehin in den Medien präsent ist, und mehr Prestige bringt, aber man würde zumindest keine Tendenzen in eben diese Richtung verstärken. Mit gutem Beispiel voran geht dabei das *John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project*, welches eine Aufschlüsselung von verschiedenen Engagements anbietet und dabei Ober- und Untergruppen bildet. An dieser Stelle wäre ein Austausch mit vorhandenen Experten auf diesem Gebiet förderlich. Und so richtet sich das Plädoyer dieser Arbeit an die Beratungsfirmen: Ziel darf es nicht sein, den sensiblen Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements mit marktwirtschaftlichen Logiken für den eigenen Zweck zu verwerten, sondern in Zusammenarbeit mit Experten diesen Bereich den Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen, die ihn bewusst abseits des Marktes und staatlicher Tätigkeit geschaffen haben. Hilfestellungen und Vermittlungsversuche sind willkommen, aber im Sinne der gemeinnützigen Organisationen und ihrer Vielfalt und nicht im Sinne der Darstellungsbedürfnisse von sozialen Investoren.

13. Quellenverzeichnis

Adloff, Frank (2010): Die Institutionalisierung und Sakralisierung des Gebens: Ein kultursoziologischer Blickauf das Stiften und Spenden. In: Adloff, Klaus/ Priller, Eckhard/ Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften Band 8. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag.

Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas (2003): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.

Blumer, Herbert (1975): Soziale Probleme als kollektives Verhalten, in Hondrich, Karl Otto (Hrsg.): Menschliche Bedürfnis und soziale Steuerung. Reinbek: Rowohlt Verlag.

Butterwegge, Christoph (2009): Vom medialen Tabu zum Topthema? Armut in Journalismus und Massenmedien, in: Journalistik Journal, 12(2009)2. Köln: Herbert von Halem Verlagsgesellschaft.

Deutscher Bundestag. Drucksache 14/8900 (2002): Bericht der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgergesellschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (2010): Spendenbericht 2010. Daten und Analyse zum Spendenverhalten. Berlin: DZI Verlag.

Groenemeyer, Axel (1999): Vorwort. In: Albrecht, Günter/ Groenemeyer, Axel/ Stallberg, FriedrichW. (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, 1. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag

Hug, Detlef Matthias (1997): Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in sozialen Konflikten. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Phineo AG, Allianz (2011): Im Notfall besser Helfen. Ratgeber zum Spenden bei Naturkatastrophen.

Schetsche, Michael (2000): Wissensoziologie sozialer Probleme. Grundlegung einer relativistischen Problemtheorie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiebaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.

Stang, Richard (2008): Armut und Öffentlichkeit, in: Huster, Ernst-Ulrich Huster/Boeckh, Jürgen/ Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Spenden und bürgergesellschaftliches Engagement: Aspekte einer politischen Kontextualisierung. In: Adloff, Klaus/ Priller, Eckhard/ Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften Band 8. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag.

Voss, Katrin (2007): Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Mittel-Ziele-interne Strukturen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Willke, Gerhard (2011): Armut- was ist das? Eine Grundsatzanalyse. Hamburg: Murmann Verlag.

13.1 Internetquellen

BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Absatz-Nr. (1 - 220)
http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html (Stand: 10.09.2011)

Bundeszentrale für politische Bildung: Schubert, Klaus/ Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz
http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=KY02QL (Stand: 07.09.2011)

Der Paritätische Gesamtverband
http://www.forschung.paritaet.org/index.php?id=armutsatlas&no_cache=1 (Stand: 05.09.2011)

Deutscher Fundraising Verband e.V.
http://www.fundraisingverband.de/index.php?id=280 (Stand: 10.08.2011)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Pressemitteilung vom 12.05.2011: Kinder- und Jugendarmut ist nach wie vor das drängendste Problem
http://www.diw.de/de/diw_01.c.372595.de/themen_nachrichten/statistikdebatte_kinder_und_jugendarmut_ist_nach_wie_vor_das_draengendste_problem.html (Stand: 06.09.2011)

http://www.diw.de/de/diw_01.c.372595.de/themen_nachrichten/statistikdebatte_kinder_und_jugendarmut_ist_nach_wie_vor_das_draengendste_problem.html (Stand: 06.09.2011)

FAZ.net: Kinderarmut in Deutschland. Die Ware Zahlen.
http://www.faz.net/artikel/C30923/kinderarmut-in-deutschland-die-ware-zahlen-30337847.html (Stand: 06.09.2011)

GFK Charity Scope, Pressemitteilung vom 01.04.2011
http://www.gfkps.com/imperia/md/content/ps_de/consumerscope/mobility/110401_pm_spenden_dfin.pdf (Stand: 09.09.2011)

heute.de
http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/1/0,3672,8237473,00.html (Stand: 31.08.2011)

Malik, Maja: Armut in den Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52/2010
http://www.bpb.de/publikationen/84TWQ1,4,0,Armut_in_den_Medien.html#art4 (Stand 24.09.2011)

PHINEO gemeinnützige AG: Über uns
http://www.phineo.org/phineo/ueber-uns/mission/ (Stand: 20.09.2011)

PHINEO gemeinnützige AG: Themenreports
http://www.phineo.org/themenreports/veroeffentlichte-reports/ (Stand: 24.09.2011)

Stiftung&Sponsoring. Das Magazin für Non-Profit Management und –Marketing
http://www.stiftung-sponsoring.de/organisation-finanzen/nachrichten/vermoegensberater-unterstuetzen-mehr-soziale-investoren.html (Stand: 10.08.2011)

tns infratest: 15 Jahre Deutscher Spendenmonitor. Fakten und Trends, pdf
http://www.tns-infratest.com/branchen_und_maerkte/pdf/social_marketing/15_Jahre_Deutscher_Spendenmonitor.pdf (Stand: 14.09.2011)

Welt Online: An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. Kommentar von Guido Westerwelle
http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html (Stand: 05.09.2011)

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter www.opuscula.maecenata.eu

2009	**Nr. 36**	**Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement.** Problemaufriss für den Engagement-Bericht des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. *Rupert Graf Strachwitz, Thomas Ebermann, Henrik Neuke*
	Nr. 37	**Zivilgesellschaftspolitik in Japan.** Die Entwicklung der organisierten Zivilgesellschaft. *Daniel Backhouse, Robert Hoffmann und Christian Schreier*
	Nr. 38	**Maecenas Erben. Vom Mäzenatentum zum Sponsoring?** Gründungsideen und heutige Organisationsformen deutschsprachiger Kultureinrichtungen in Italien. *Corinna Pregla*
	Nr. 39	**Der zivilgesellschaftliche Mehrwert** Beiträge unterschiedlicher Organisationen *Amanda Groschke, Wolfgang Gründinger, Dennis Holewa, Christian Schreier und Rupert Graf Strachwitz*
	Nr. 40	**Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung** *Elke Becker*
2010	**Nr. 41**	**Bürgergesellschaftskonzepte** Programmatische und demokratietheoretische Betrachtung von Reformleitbildern der SPD und CDU *Christian Schreier*
	Nr. 42	**50 Jahre DESY** Zur Rechtsformproblematik einer vom Staat gegründeten Stiftung *Wiebke Eggers*
	Nr. 43	**Engagierte Menschen** Vier Fallstudien *Priska Daphi, Angela Berger, Sandra Rasch und Anna Steinfort*
	Nr. 44	**Tranzparenz, Akzeptanz und Legitimität** Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive *Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz* *Mitarbeit: Christoph Kahlert*
	Nr. 45	**Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken** *Alexander Freiherr v. Strachwitz*
	Nr. 46	**Transparenz in der Zivilgesellschaft** *Rupert Graf Strachwitz*
2011	**Nr. 47**	**Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten** Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus *Andreas Werner*
	Nr. 48	**Der neue Bundesfreiwilligendienst** Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft *Rupert Graf Strachwitz*
	Nr. 49	**Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln** Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge *Carolin Häberlein, Johannes Nössler und Stefanie Vorberger*
	Nr. 50	**Empirische Studien zur Zivilgesellschaft** Stiftungen, Bibliotheken, Internet *Rainer Sprengel*
	Nr. 51	**Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht** Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Bürgerinitiativen *Christian Schreier*
	Nr. 52	**Quo vadis Deutschlandstipendium** Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland *Michael Beier*
2012	**Nr. 53**	**Bürgerstiftungsschelte. Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen.** Eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg *Annette Barth*
	Nr. 54	**Zivilgesellschaft und Integration** Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele *Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel*

URN: urn:nbn:de:0243-012012op554

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840